

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

SCHWERPUNKT. KOOPERATIONEN

Gemeinsam besser als einsam

ZUSAMMENARBEIT

Wir sind **zur
Kooperation geboren**

GEMEINDEPAKET

Politik-Nachwuchs
wird gefördert



EHRENSACHE

**Schnell da sein.
Und dabei Leben retten.**

**JETZT BEIM RETTUNGSDIENST MITHELFEN
GEMEINSAM MIT ÜBER 21.400 ANDEREN IM ROTEN KREUZ**

SEI DABEI AUF EHRENSACHE.AT



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ
NIEDERÖSTERREICH

SCHWERPUNKT. KOOPERATIONEN



© alphaspirt - stock.adobe.com

Mit anderen zusammenzuarbeiten, ist ein menschliches Grundbedürfnis. Wenn Gemeinden kooperieren, können alle Beteiligten profitieren.

- 04 Wir sind zur Zusammenarbeit geboren**
Der Verhaltensbiologe Gregor Fauma erläutert, warum Menschen Dinge gemeinsam machen
- 06 Große Tradition**
Gemeindekooperationen in Niederösterreich
- 08 Gemeinsam geht es nur nach Plan**
Präsident Johannes Pressl über Kooperationen in Land, Bezirken und Kleinregionen
- 10 Ein Verband für alle Fälle**
Der GVU Melk bietet mehr als nur Umweltschutzdienstleistungen und Abgabeneinhebung
- 13 Bauangelegenheiten**
Effiziente Lösung für Baurechts-Agenden
- 14 Glasfaserausbau**
Mehrspurig am Datenhighway
- 16 Soziales**
Großes Herz im Ybbsfeld

POLITIK



© Torsten Becker - stock.adobe.com

- 26 Gemeindepaket**
Junger und weiblicher Politiknachwuchs wird gefördert
- 27 Versorgungssicherheit**
2023 wird ein Rekordjahr für den Ausbau der Erneuerbaren Energie

AUS ERSTER HAND

WARUM WIR KOOPERATIONEN BRAUCHEN



Die Gemeindekooperation ist diesmal der Schwerpunkt in der aktuellen Ausgabe der NÖ Gemeinde. Wir machen sie deswegen zum Thema, weil wir sie mehr denn je brauchen werden.

Einerseits inhaltlich: Je komplexer die Anforderungen an die Gemeinden werden, umso mehr erfordert das „Spezialisierung“ und die ist allein für viele kaum schaffbar.

Andererseits bei der Infrastruktur: Das Beispiel Trinkwasserbereitstellung in Trockenzeiten zeigt, wenn Not am Mann ist, dann ist der Zusammenschluss mit den Nachbarn mehr denn je ein Gebot der Stunde.

Oder die Gemeindefinanzen: Oft hängt es auch an der „Effizienz“, wie wir Dinge erledigen und da sind beispielsweise gerade bei der Abgabeneinhebung große Zusammenschlüsse enorm kostensparend.

Während wir in dieser Ausgabe der NÖ Gemeinde die Möglichkeiten der Kooperation aufzeigen, braucht es wohl aber auch **zwei Grundsätze, die wir bei allen Überlegungen zur mehr Effizienz, Qualität und optimalen Strukturen nicht außer Acht lassen dürfen:**

- 1) Erstens ist es unsere Aufgabe in den Gemeinden, für die Menschen persönlich da zu sein und auch weiter erster „menschlicher“ Ansprechpartner zu sein. Insofern ist jede Effizienzmaßnahme so zu setzen, dass wir nach wie vor „das Gesicht“ gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sind, dass wir auch ein „persönliches Bürgerservice“ leisten und die Menschen bei uns das bekommen, was es woanders schon lange nicht mehr gibt: „Jemanden, der mit ihnen spricht!“ selbst wenn die „Hintergrundarbeit“ dafür woanders oder in Kooperation erledigt wird.
- 2) Zweitens müssen Kooperationen auch einer gemeinsamen Logik folgen. Begrifflichkeiten und Zielsetzungen zum Thema Kooperation müssen auch landesweit einheitlich sein, um im Zusammenwirken wiederum effizient zu sein. Das „lokale Kooperationsorganigramm“ versuchen wir, neben vielen Beispielen, auch in dieser Ausgabe der NÖ Gemeinde erstmals zu „zeichnen“, weil das auch in den gemeinsamen inhaltlichen Diskurs gehen muss. Schließlich ist das Thema „Kooperation“ auch im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ angeschrieben und klare Vorstellungen unsererseits entscheidend, wie es umgesetzt wird.

Ich wünsche Dir eine inhaltsreiche und für Dich persönlich nutzbringende Lektüre unserer Juniausgabe der NÖ Gemeinde!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT

SCHWERPUNKT. KOOPERATIONEN

Wir sind zur Zusammenarbeit geboren

Der Verhaltensbiologe Gregor Fauma im Gespräch über den genetischen Code der Zusammenarbeit, das Gesetz des Pavianhügels und warum „Häuptlinge“ kooperieren sollten, um zu überleben. [VON OSWALD HICKER](#)

Herr Fauma, ist der Mensch entwicklungsbiologisch zur Kooperation geboren?

Gregor Fauma: Ja, genau, so kann man das sagen. Ohne die Fähigkeit zu kooperieren, wären wir schon lange nicht mehr auf dem Planeten. Also ab dem Moment, wo aus der Einzelle ein Zellenverband wurde, mussten im Grunde die einzelnen Zellen schon kooperieren. Und ein weiterer Faktor: Immer wenn Einheiten kooperieren, braucht es eine Koordinationseinheit, genannt Führungskraft.

Bringt Kooperation sozialen Gruppen Vorteile?

Soziale Gruppen funktionieren dann am besten, wenn man kooperiert, das heißt, wenn man darauf achtet, dass es dem anderen gut geht, auf dass es einem selbst gut geht. Wichtig in dem Gefüge ist, dass es zumindest einen Dritten gibt, der beobachtet. Es könnte ja auch nach dem Prinzip laufen: Ich nehme dir alles, weil ich stärker bin und du hast nachher nichts und ich habe mehr. Da zeigt sich aber, dass die Natur so nicht funktioniert, sondern dass fast überall Kooperation stattfindet, speziell beim Menschen.

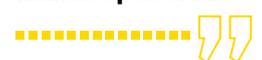
Warum ist das so und unter welchen Bedingungen?

Da gibt es ein sehr schönes Beispiel vom Bäcker, der Brot hat und einem Hungrigen, der Geld hat. Wenn die beiden Ware gegen Geld tauschen, haben beide Vorteile. Würde der Handel in Säcken stattfinden, wo die Partner nicht hineinsehen können, könnte es ein Vorteil sein, wenn ich nichts hineingebe und hoffe, dass im anderen Sack etwas ist. Wenn jeder so denkt, haben nachher beide nichts. Wenn nur einer betrügt, maximiert der seinen Gewinn.

Warum ist dann Betrug in Kooperationen so selten?

Betrug passiert, wenn man die Gewissheit hat, den anderen nur einmal zu treffen, zum Beispiel Laufkundschaft in Tourismusorten. Jedoch, wenn man sagt, die treffen einander am nächsten Tag wieder, dann kann man das Betrugsspiel probieren, beim nächsten Mal wird man aber nichts mehr kriegen. Und man hat die schlechte Nachrede. Das heißt, in dem Moment, wo ich weiß, wir werden in Zukunft länger am selben Ort leben, ist es klüger zu kooperieren. Anatoli Rapoport, der ehemalige Chef des IHS, hat den Algorithmus dazu

“ Soziale Gruppen funktionieren dann am besten, wenn man kooperiert.



Gregor Fauma

entwickelt, wie wir ticken. Er hat es „tit for tat“ genannt, und das ist ein ganz freundlicher Algorithmus, der evolutionär in uns eingeschrieben ist.

Es heißt also: nicht zu kooperieren, ist nur von Vorteil, wenn man mobil ist und abhauen kann ...

... und nicht beobachtet wird. Die Nachrede ist nämlich auch mobil.

Eine Gemeinde kann man nicht „wegtragen“. Wir müssen also kooperieren, man muss ja mit dem Nachbarn weiterhin zusammenleben.

Genau. Deswegen hat sie sich durchgesetzt. Das nennt man eine evolutionär stabile Strategie. Reziproker Altruismus ist der Fachbegriff dafür. Das heißt, ich helfe dir, auf dass du mir hilfst. Und selbst, wenn du mir nicht helfen kannst, dann erzählst du anderen, dass ich dir geholfen habe. Und die helfen mir dann, weil sie wissen, dass ich ein Guter bin.

Gibt es auch Gefahren der Kooperation?

Stellen wir uns ein Spiel in einem Ferienclub vor: Man sagt, ihr gehört zur blauen Gruppe, ihr anderen zur roten. Die Leute fangen sofort an, sich zu identifizieren – „Wir sind die Blauen!“ Das ist wissenschaftlich ausgetestet. Die sind bei Verfehlungen innerhalb ihrer Gruppenmitglieder sehr großzügig und nachsichtig, sind jedoch für viel höhere Strafen, wenn bei den anderen Gruppen jemand etwas falsch macht.

Sie wollen sagen, dass Kooperation auch die Gefahr birgt, dass Untergruppen feindselig werden?

Stellen wir es uns evolutionär vor: Die einen gehen jagen, die anderen sammeln. Die Sammler bringen immer das Futter mit nach Hause, die Jäger nur gelegentlich. Die Sammler werden sagen: „So geht es aber nicht weiter.“ Dann wird sozusagen eine Untergruppe misslaunig gegenüber einer anderen, obwohl sie vorher unter einem Dach waren. Das ist wie in den Jugoslawienkriegen: Solange das Dach da war, hat es funktioniert. Kaum war das Dach weg, also die regulierende Macht, sind sofort Kriege ausgebrochen.

Das heißt, es braucht eine höhere Gewalt, die drauf schaut, dass die Kooperation nicht schädlich wird?

Es braucht eine Kraft, die labile Verhältnisse

aufrecht hält. Das heißt, es muss mit der übergeordneten Einheit eine Super-Identifikation geben. Wir sehen etwa alle, woran es in Europa mangelt. Man schickt ja nicht Österreicher hin, um für Österreich Politik zu machen, sondern um gute EU-Politik zu machen. Und das kommt oft nicht an bei den Leuten, da merkt man, es fehlt die Identifikation mit dem Dach.

Ab wann wird eine Kooperationsgruppe zu groß, um erfolgreich zu sein?

Es gibt eine ideale Gruppengröße, wo wir noch über jedes Individuum Bescheid wissen können. Das hat mit dem präfrontalen Cortex zu tun, das sind circa 150 Individuen, also ein Nest. Alles drüber sind Vernunftsorganisationen, Verwaltungseinheiten, wo man ganz gerne den Fruchtgenuss hat, aber den Aufwand scheut.

Und so eine Gruppe braucht einen Anführer, einen Häuptling?

Selbstverständlich. Und wir gönnen den Führungskräften ihre Privilegien, wenn sie dafür im Gegenzug liefern. Das ist schon am Pavianhügel so. Der Chef hat zwei Hauptaufgaben: Er muss für Frieden innerhalb der Gruppe sorgen. Und er muss die Gruppe zum Ressourcentopf hinführen. Im Business sagen wir: „Geschäftsführer, du musst Businesspartner bringen. Deswegen bekommst du mehr Geld, hast das größere Auto. Du darfst in der Hauptstadt im Glaspalast sein und einen Chauffeur haben. Das ist alles okay, aber beweise uns jeden Tag aufs Neue, dass du für Frieden nach innen sorgst und uns nach außen gut vertrittst.“

Das heißt auch im Umkehrschluss: Ein Anführer, der nicht kooperiert und daher nicht abliefert, wird nicht mehr lange Anführer sein?

So ist es. Die Mehrheit lebt in der Kooperation und wächst da drinnen. Es finden sich die Guten, die Kooperationswilligen. Am Anfang gewinnen vielleicht die Betrüger, auf lange Sicht setzt sich nur die Kooperation durch. Eine kleine Gemeinde, die sozusagen nur innerhalb ihrer Ritterburg bleibt, und sagt „Wir lassen niemanden rein und wir lassen auch niemanden raus“ kann eine Zeit bestehen. Aber gut gehen wird es ihr nicht wirklich. ■■■



“ Am Anfang gewinnen vielleicht die Betrüger, auf lange Sicht setzt sich nur die Kooperation durch.



Gregor Fauma

Gemeindekooperationen in Niederösterreich

Die kommunale Aufgabenbesorgung in Österreich ist geprägt von einer bewussten und starken Selbstverwaltung, aber auch getragen von dem Wissen, dass Gemeindeaufgaben durch Zusammenarbeit verbessert und optimiert werden können. Gemeindekooperationen sind daher durch das breite kommunale Aufgabenspektrum vorgegeben, sie werden von gesellschaftlich-wirtschaftlichen, kulturellen und geographischen Gegebenheiten beeinflusst. [☞ VON NICOLAUS DRIMMEL](#)

Mit der stetigen Modernisierung und den ständig steigenden Lebensbedürfnissen ist es im Sinne einer richtig gelebten Subsidiarität immer wieder erforderlich, kooperative Strukturen auf höherer Ebene aufzubauen. Das Motiv einer interkommunalen Zusammenarbeit war daher einerseits der Gedanke der Wirtschaftlichkeit, vor allem aber die zufriedenstellende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit kommunalen Leistungen.

Wasserversorgungsverbände waren Vorreiter

Gemeindeverbände mit der längsten Tradition in Niederösterreich sind vor allem die Wasserversorgungsverbände, ihre Aufgabe ist wohl zeitlos. Bei solchen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge tritt die große Bedeutung im Hinblick auf das Lebensmittel Wasser zutage. Hier stehen selbstredend die geforderte Qualität des Wassers und die möglichst effiziente Weise der Versorgung an oberster Stelle der Aufgabenerfüllung.

Spektrum hat sich erweitert

Waren es früher vor allem die leitungsgebundenen Dienstleistungen, für welche gemeinsame Strukturen geschaffen wurden, so hat sich das Spektrum der Kooperation auf die unterschiedlichsten Bereiche ausgeweitet. Hier sind nur beispielhaft die Schulgemeinden zu nennen, aber auch die Staatsbürgerschaftsverbände oder der Krankenanstaltensprengel,

der für ganz Niederösterreich einen Gemeindeverband bildet. Zu diesen gesetzlich oder durch Verordnung eingerichteten Verbänden gesellen sich die freiwillig formierbaren Gemeindeverbände.

Freiwillige Gemeindeverbände

In der Gemeindeverfassungsnovelle 1962 wurden solche Gemeindeverbände erstmalig im Bundesverfassungsgesetz verankert. Im Oktober 1971 wurde schließlich ein eigenes NÖ Gemeindeverbandsgesetz geschaffen. Nach mittlerweile einem halben Jahrhundert machen diese freiwillig gebildeten Verbände das Gros der kommunalen Kooperationen aus. Für die Errichtung von solchen Verbänden bedarf es der Genehmigung der Landesregierung.

Freiwillige Gemeindeverbände waren am Anfang meist nur kleinräumige Verbände, in welchen man die Gemeinden aufgrund von geographischen Gegebenheiten zusammenschloss, diese waren lediglich mit einer eng umrissenen Aufgabe betraut. Neben den klassischen Versorgungs- und Entsorgungsverbänden sind allerdings auch Musikschulverbände oder Wirtschaftsverbände entstanden, letztere etwa für Betriebsansiedlungen oder zur Erhaltung gemeinsamer Infrastrukturen. Sukzessive wurden auch Bezirksverbände gebildet, etwa im Umweltbereich.

☞ **Freiwillig gebildete Verbände** machen das Gros der kommunalen Kooperationen aus.



WHR MAG. NICOLAUS DRIMMEL

ist Mitarbeiter in der Abteilung Gemeinden im Amt der NÖ Landesregierung



© tony2530 - stock.adobe.com

Dienstleistungsverbände bieten großes Aufgabenportfolio

Und seit einigen Jahren gibt es immer mehr Dienstleistungsverbände, welche ein größeres Aufgabenportfolio für die Mitgliedsgemeinden anbieten bzw. die Aufgaben auch über die Bezirksgrenzen hinweg übernommen haben. Gerade heute gewinnen solche multimodalen Verbände angesichts der Personalknappheit immer mehr an Bedeutung.

Verfassungsnovelle erweiterte Möglichkeiten für Gemeindeverbände

Mit der Novellierung des Bundes-Verfassungsgesetzes im Jahr 2011, die sich ausdrücklich auf die Stärkung der Gemeinden berief (B-VG-Novelle zur Stärkung der Gemeinde-rechte BGBl. I 60/2011), sind einige Ergebnisse des Österreich-Konvents im Hinblick auf den Rechtsrahmen der freiwillig gebildeten Gemeindeverbände eingeflossen.

Ziel war im Wesentlichen die Erweiterung der Möglichkeiten der Gemeindeverbände in deren Aufgabenbereich, etwa in Form von Mehrzweckverbänden oder auch von Mischverbänden, welche Aufgaben des eigenen und des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinden erfüllen sollen.

Verwaltungsgemeinschaften

Im öffentlich-rechtlichen Bereich sind als kommunale Kooperationen außerdem etwa die

Verwaltungsgemeinschaften nach der Gemeindeordnung relevant (§ 14 ff. NÖ Gemeindeordnung).

Dabei ist zu beachten, dass die gemeinsam besorgten Aufgaben nicht aus dem Bereich der Gemeinden übertragen werden. Die Verwaltungsgemeinschaft hat daher auch nur eingeschränkte Rechtspersönlichkeit.

Privatrechtliche Formen der Zusammenarbeit

Neben diesen öffentlich-rechtlichen Kooperationen können auch privatrechtliche Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit gewählt werden, dies tendenziell eher dann, wenn es sich um privatwirtschaftliche und weniger formale Agenden der Gemeinden handelt. Hier stehen zum Beispiel die Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, aber auch diverse Kapitalgesellschaften oder auch Vereine zur Verfügung.

Mit den unterschiedlichen Gemeindekooperationen wird schon jetzt ein äußerst breites Spektrum an Gemeindeagenden abgedeckt. Dazu stehen den Gemeinden eine Vielfalt an Kooperationsformen zur Verfügung. Die Wahl der Form ergibt sich einerseits aus dem gewählten Aufgabenbereich, aber auch aus der individuellen Situation der Kooperation und dem Gestaltungswillen der beteiligten Gemeinden. ■■■

Gemeindeverbände mit der längsten Tradition in Niederösterreich sind vor allem die Wasserversorgungsverbände.

“ Multimodale Verbände gewinnen angesichts der Personalknappheit an Bedeutung.



VORAUSSETZUNGEN

Gemeindezusammenarbeit geht nur nach Plan ...

... selbst, wenn Emotionen mitspielen. [✉ VON JOHANNES PRESSL](#)

Kooperationen zwischen Gemeinden sind dann besonders erfolgreich, wenn sie einerseits einheitlichen organisatorischen Grundsätzen folgen. Und andererseits, wenn sie ein klares inhaltliches Ziel haben.

Also: **Kooperation nicht um der Kooperation willen, sondern um eine Dienstleistung besser, effizienter oder „überhaupt“ erbringen zu können.**

Basis für jedwede Gemeindekooperation ist immer die „autonome Einzelgemeinde“. Sie ist nicht nur als solche in der Verfassung verankert, sondern sie ist auch von handlungsstarken Persönlichkeiten auf der politischen Seite und auf der amtlichen Seite geprägt. Und da wissen wir: Einzelgemeinden stehen natürlich auch im Wettbewerb zueinander, genauso wie sie auch durch eine interne Parteienkonkurrenz geprägt sind.

Also: **Kooperation dann, wenn sie der autonomen Einzelgemeinde hilft und dieser möglichst viel Nutzen stiftet!**

Vertrauen ist die Basis für Zutrauen, selbst wenn Kooperationen ausschließlich auf Fakten und Sachargumenten aufgebaut sind. Denn eine Gemeindeaufgabe, die mit hohem Engagement – ja mit „Herzblut“ – jahrzehntelang selbst von den eigenen Mitarbeitern erledigt wurde, an eine andere Kooperationsebene zu übertragen, das braucht auch „Überwindung“.

Also: **Übergemeindliche Zusammenarbeit braucht auch eine breit aufgestellte und schon länger gewachsene Vertrauensbasis.**

Ein wichtiger Schlüssel liegt noch in der richtigen Kooperationsebene und -zusammensetzung. Einerseits von der Größe der Kooperation her – beispielsweise ist eine gemeinsame Abgabeneinhebung mehrerer Gemeinden erst

ab 60.000 Einwohnern sinnvoll – sogar unabhängig von der regionalen Grenzziehung. Aber andererseits ist bei einigen Themen auch eine klare räumlichen Abgrenzung wichtig. Nehmen wir nur eine Verbandskläranlage her: Die orientiert sich zunächst an der Topografie und bezieht alle jene mit ein, woher das Abwasser idealerweise im freien Gefälle fließt.

Also: **Gemeindekooperation auch nur dann, wenn sie sachlichen Grundsätzen entspricht und daraus mittelfristig für alle einen gemeinsamen Erfolg verspricht!**

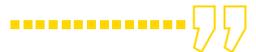
Schließlich noch die Frage nach dem Prinzip: „Henne oder Ei?“ Braucht es am Beginn bereits die Kooperationsstruktur – also den Verband oder die Kleinregion? Oder müssen wir zuerst über den Willen und die Notwendigkeit zur Kooperation reden und das ausdiskutieren? Ich bin davon überzeugt, dass wir jetzt mit Vehemenz die Kooperationsstrukturen zwischen den Gemeinden schaffen und bestehende weiterentwickeln müssen. Kooperation muss natürlich auch in Zukunft freiwillig sein aber die Möglichkeit wird es nur geben, wenn wir Kooperationsformen anbieten.

Also: **Jetzt darauf schauen, dass wir's haben, wenn wir's brauchen!**

Gemeindekooperationen im Arbeitsübereinkommen verankert

Im aktuellen Arbeitsübereinkommen für Niederösterreich zwischen ÖVP und FPÖ findet sich übrigens im Kapitel Gemeinden auf Seite 13 der Punkt: **„Anreize für verstärkte Gemeindekooperationen im Modell der Gemeindeverbandsstruktur unter Wahrung der Gemeindeautonomie.“** Noch ist das **„work in progress“** aber das Thema ist auf jeden Fall einmal prominent am Tisch und wir arbeiten daran. ■■■

“ Kooperation muss natürlich auch in Zukunft freiwillig sein aber die Möglichkeit wird es nur geben, wenn wir aktiv Kooperationsformen anbieten.



JOHANNES PRESSL

ist Bürgermeister von Ardagger und Präsident des NÖ Gemeindebundes

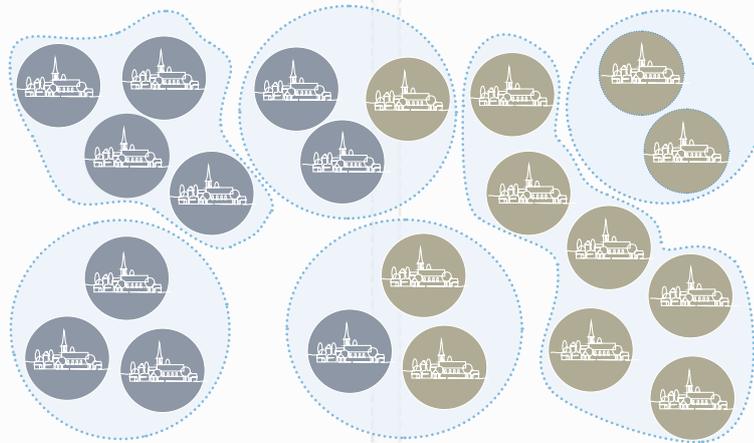
Kooperationsebenen in und um Gemeinden



LAND


BEZIRKE & VERBÄNDE


BEZIRKE & VERBÄNDE


KLEINREGIONEN


› LANDESEBENE

wo bestehende Umlagesysteme für „Soziales“ oder „Krankenhäuser“ auch für weitere gemeinschaftlich niederösterreichweit zu erledigende Themen weiterentwickelt werden können. Die Finanzierung der den Gemeinden obliegenden Rettungsdienste war dafür in den letzten Jahren beispielgebend.

Beispiele für Kooperationen auf Landesebene

- › Sozialhilfumlage mit integrierter Finanzierung für den Rettungsdienst
- › Kinder- und Jugendwohlfahrt
- › Gemeindebeiträge für die NÖ.Regional
- › NÖKAS

› BEZIRKSEBENE

oder sogar mehrere kleinere Bezirke zusammen als gemeinsame Gemeinde-Dienstleistungsebene, wo idealerweise ein gemeinsamer Gemeinde-Dienstleistungsverband von der Gebühreneinhebung über die Sachverständigentätigkeit bis zum Personalpooling und der GIS-Datenverwaltung unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen kann.

Beispiele für Kooperationen auf Bezirks- & Verbandsebene

- › Abgabenverwaltung (Kanal, Wasser, Grundsteuer, Kommunalsteuer, Nächtigungstaxen usw.)
- › GIS-Datenverwaltung
- › Gemeindegervices in EDV, Buchhaltung oder Kommunikation
- › Personalpooling
- › Klimawandelanpassung (KLAR)
- › Projektentwicklung wie z. B. Vorbereitung von Energiegemeinschaften oder Bürger-Energiegemeinschaften

› EBENE DER KLEINREGION

als vertrauensbildende und lokale Infrastrukturkooperationseinheit, wo man sich auf Bürgermeister- und Amtsleitersebene abstimmt, wo aber auch einmal das eine oder andere Infrastrukturprojekt lokal und regional abgewickelt werden kann: Der gemeindeübergreifende Radweg, die Kleinstkindbetreuung oder einfach nur die Abstimmung der Gebührenhaushalte und Abgaben.

Beispiele für Kooperationen auf Gemeindeebene

- › Abstimmung und Vertrauensbildung
- › Gebührenanpassungen
- › Radwege u.a. Infrastrukturen
- › Kleinstkindbetreuung
- › Mobilitätsangebote
- › usw.

■ VIELFACHNUTZEN

Ein Verband für alle Fälle

Der GVV Melk wurde von einem Umwelt- und Abgabenverband zu einer umfassenden Service-Organisation für die Gemeinden des Bezirkes und darüber hinaus. Das spart den Budgets jährlich Millionen. [☑ VON HELMUT REINDL](#)

Umweltschutz und Abgabeneinhebung – dafür wurde der GVV Melk im Jahr 1974 gegründet. Seither hat er sich aber zu einem umfassenden Dienstleister für die Gemeinden entwickelt. „Wir bieten nicht nur die im Namen vorkommenden Dienstleistungen für Umwelt und Abgabeneinhebung an, sondern auch zahlreiche andere. Immer, wenn es eine neue Herausforderung gibt, die gut in einem Verband zu bearbeiten ist, kümmern wir uns um eine Lösung. Das war etwa bei der DSGVO so“, erklärt der Obmann des Verbandes, der Manker Bürgermeister Martin Leonhardsberger. „Im Vergleich mit ähnlichen Verbänden bieten wir wahrscheinlich das größte Portfolio an Dienstleistungen“, sagt auch Geschäftsführer Martin Ritt.

Abgabeneinhebung

Der Gemeindeverband übernimmt für seine Mitgliedsgemeinden die Berechnung, Vorschreibung und Einhebung folgender Gebühren und Abgaben:

- Grundsteuer inkl. Berechnung von Grundsteuerbefreiungen
- Kanalanschluss- und Kanalbenützungsgeld einschließlich Flächenerhebung vor Ort
- Wasseranschlussabgabe, Wasserbereitstellungs- und Wasserbezugsgebühr einschließlich Flächenerhebung vor Ort
- Abfallwirtschaftsgebühr

Weiters eingehoben werden die Kommunalsteuer, der Interessentenbeitrag, die Ortstaxe und die Lustbarkeitsabgabe.

Service- und Dienstleistungen

- **Klärschlamm:**
Fast alle Kläranlagen des Bezirkes Melk nehmen die Dienstleistung „Klärschlamm entwässern“ sowie die ordnungsgemäße Entsorgung des Klärschlammes in Anspruch.
- **Indirekteinleitungsverordnung:**
Durch die Änderung des Wasserrechtsgesetzes wurden alle Kläranlagenunternehmen verpflichtet, mit jenen Betrieben, die der Indirekteinleitungsverordnung unterliegen, selbst einen Entsorgungsvertrag abzuschließen. Diese Leistung wird vom Verband in Zusammenarbeit mit einem Zivilingenieur durchgeführt.
- **Bedienstetenschutzgesetz:**
Der Verband führte bei den Gemeinden die Erstevaluierung der Arbeitsplätze nach dem Bedienstetenschutzgesetz durch und stellt eine Sicherheitsfachkraft und einen Arbeitsmediziner für die laufende Betreuung zur Verfügung.
- **Überprüfung von „standortgebundenen Spielgeräten“ und Schultafeln:**
Überprüfung der Spielgeräte und Spielbereiche im Hinblick auf ihre Benutzbarkeit bis zur nächsten Hauptüberprüfung.
- **Begehung von Schulen durch einen Sachverständigen der AUVA:**
Der GVV organisiert für die Gemeinden auch eine kostenlose Begehung der Schulen vom Keller bis zum Dachboden. Der Sachverständige stellt eventuelle Mängel fest und erklärt, wie diese behoben werden können.

© -Keine Daten von Verknüpfung>



© R. & K Digital Fotoservice

“ Immer, wenn es eine neue Herausforderung gibt, die gut in einem Verband zu bearbeiten ist, kümmern wir uns um eine Lösung.



Martin Leonhardsberger
Bürgermeister von Mank und Obmann des GVV Melk



Die TOP Umweltservice GmbH ist eine Tochtergesellschaft des GVV Melk. Hier wird Abfall nicht nur gesammelt, sondern auch verwertet. Die Dienstleistungen stehen auch anderen Regionen und Bundesländern zur Verfügung.

Luftreinhaltung

Der Verband ist für die Vollziehung des § 32 NÖ Bauordnung 2014 (ehemals geregelt im NÖ Luftreinhaltegesetz) zuständig. Leistungen im Bereich der Luftreinhaltung sind:

- Öffentlichkeitsarbeit und Energieberatung
- Evidenzhaltung von Daten und Terminen
- Erinnerung und Mahnung fehlender Prüfberichte, Vollzug der Mängelmeldung
- Kontrolle über Beschwerden, z. B. über das Verbrennen im Freien

IT-Dienstleistungen

Der Verband bietet auch IT-Dienstleistungen an. Ziel ist es, durch gemeinsame Projekte die Gemeindeverwaltungen zu entlasten und dadurch Kosten zu sparen.

- **Bürgerservicehomepage mit RIS Kommunal:** Die Gemeinden können in Zusammenarbeit mit dem Verband einen professionellen Internetauftritt erstellen. Der Verband ist dabei unter anderem für das Datenproviding, das Design, die laufende Weiterentwicklung, Werbung sowie für Schulungen zuständig.
- **Homepages für Schulen:** Die Schulen des Bezirks haben die Möglichkeit, einen kostengünstigen Internetauftritt erstellen zu lassen.

- **Interkommunales Baumkatastersystem:** Dabei werden alle Bäume von Sachverständigen erfasst und bewertet. In weiterer Folge wird ein Protokoll für die Pflegemaßnahmen erarbeitet.
- **GIS – Geografisches Informationssystem:** Diese Lösung ermöglicht den Gemeinden ein Arbeiten mit GIS-Daten über das Internet und ist somit ortsunabhängig. Ziel des Projektes ist es, durch eine bezirksübergreifende Web-GIS-Lösung an Effizienz zu gewinnen und somit die Kosten für aktuelle GIS-Daten zu reduzieren.
- **Formularserver und E-Government-Lösungen:** Ein neues Service des Verbandes ist der Bürgerservice Formularverbund Bezirk Melk. Derzeit können den Gemeinden 50 elektronische Formulare zur Verfügung gestellt werden.

Die neueste Dienstleistung, die der Verband anbietet, ist die Arbeit von drei Bausachverständigen. „Diese werden nicht nur von unseren Mitgliedsgemeinden, sondern auch von welchen außerhalb des Bezirks genutzt“, zeigt sich Geschäftsführer Martin Ritt zufrieden.



“ Wenn wir Tätigkeiten übernehmen, dann muss es einen Mehrwert für die Gemeinden geben.



Martin Ritt
Geschäftsführer des GVV Melk





Das Wertstoffsammelzentrum in Pöchlarn.

Die Zusammenarbeit erfolgt immer auf freiwilliger Basis. „Wer bei einem konkreten Projekt mitarbeiten will, kann das tun. Wenn eine Gemeinde eine individuelle Lösung sucht, ist das auch OK“, sagt Verbandsobmann Martin Leonhardsberger.

Zeitung zur Information der Bevölkerung

Der Verband gibt auch eine Zeitung heraus, die vierteljährlich an alle Haushalte in den Mitgliedsgemeinden verschickt wird. „Mit der Zeitung haben wir die Möglichkeit, über aktuelle Entwicklungen zu informieren“, sagt Martin Ritt.

So ist beispielweise der Bezirk Melk der einzige Bezirk, wo die Container, in denen

bisher Metallverpackungen gesammelt wurden, stehen bleiben können, weil man sie für die Altmetall- und Kleinmetall-Sammlung umetikettiert hat. „Die Zeitung ist ideal, um die Bevölkerung über solche Themen auf dem Laufenden zu halten.

Keine Konkurrenz, sondern Dienstleister für die Gemeinden

Als wichtigstes Asset sieht Martin Ritt das Vertrauen, das dem Verband entgegengebracht wird. „Wir wollen den Gemeinden keine Konkurrenz machen, sondern verstehen uns als Dienstleister. Wenn wir Tätigkeiten übernehmen, dann muss es einen Mehrwert für die Gemeinden geben.“ Der Erfolg zeigt, dass das offensichtlich so wahrgenommen wird. ■■■

© <Keine Daten von Verknüpfung>



Sicherheit für NÖ Gemeinden

- > Kompletter Versicherungsschutz für Gebäude und Einrichtungen
- > Umfassende Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung
- > Schutz bei Cyber-Kriminalität
- > Finanzielle Vorsorge für die Gemeindebediensteten

Das Produktinformationsblatt finden Sie auf unserer Website.

nv.at

■ BAUANGELEGENHEITEN

Effiziente Lösung für Baurechts-Agenden

Experten im Baurecht sind Mangelware. Darum wäre es schade, die besten Köpfe in den Bauämtern für eine Gemeinde allein zu horten. Im Tullnerfeld baut man auf Zusammenarbeit. [🔗](#) VON HELMUT REINDL

Bauangelegenheiten sind eine komplizierte Sache. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die zu beachten sind, werden immer umfangreicher. „Organisatorisch, bürokratisch und rechtlich ist das in einer kleinen Gemeinde alleine kaum noch zu schaffen“, erklärt Bernhard Heini, Bürgermeister von Michelhausen, wie es im Jahr 2016 zur Gründung der „Tullnerfelder Verwaltungsgemeinschaft“ kam.

Was alles erledigt wird

Ziel der Verwaltungsgemeinschaft ist es, die gesamten Agenden des Baurechts im Sinne der NÖ Bauordnung 2014 abzuwickeln. Weiters werden die Grundlagen zur Vorschreibung der Abgaben und Gebühren gemäß dem NÖ Kanalgesetz und dem NÖ Gemeindewasserleitungsgesetz im Namen der jeweils zuständigen Gemeinde ermittelt.

Ursprünglich waren sechs Gemeinden an der Verwaltungsgemeinschaft beteiligt, mittlerweile sind es sieben. Sitz ist in Michelhausen.

Verlängertes Gemeindeamt

Die Verwaltungsgemeinschaft ist kein Verband, sondern als Hilfsorgan tätig und betreut die Aktenführung bis zur Erstellung eines Bescheides. „Wir bearbeiten die Verfahren wie ein verlängertes Gemeindeamt“, erklärt Astrid Trettenhahn, Amtsleiterin von Michelhausen und Geschäftsführerin der Verwaltungsgemeinschaft. „Das heißt, wir bereiten alle Schriftstücke, Bescheide etc. vor. Unterschrieben wird immer noch vom Bürgermeister als zuständige Baubehörde.“ Für die Bürgerinnen und Bürger hat sich nichts geändert. „Anlaufstelle, etwa für die Abgabe von Bauanträgen ist immer noch die jeweilige Gemeinde“, so Trettenhahn. In jeder Gemeinde gibt es eine Schnittstelle für die Entgegennahme von Anträgen, Anfragen, Einreichunterlagen und dergleichen sowie für den Austausch zwischen den Mitarbeiterinnen



© Marktgemeinde Michelhausen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tullnerfelder Verwaltungsgemeinschaft: Sabrina Reuter, Astrid Trettenhahn, Corina Haslinger, Wolfgang Kolbeck und Leopold Heller.

und Mitarbeitern der Verwaltungsgemeinschaft und der Baubehörde.

Die Verwendung des ELAK ermöglicht es, dass der jeweilige Aktenstand sowohl von der Gemeinde wie auch von der Verwaltungsgemeinschaft jederzeit abgefragt werden kann. Neben Astrid Trettenhahn als juristische Geschäftsführerin besteht das Team der Verwaltungsgemeinschaft aus dem technischen Geschäftsführer Wolfgang Kolbeck sowie vier weiteren Mitarbeiter/innen.

Sparpotenzial genutzt

Bürgermeister Heini nennt ein Beispiel aus der Praxis, wie die Kooperation beim Sparen hilft: „Eine wesentliche Aufgabe der Verwaltungsgemeinschaft ist auch die fachgerechte Digitalisierung der Bauakte. Die dafür notwendigen Geräte (Planscanner) sind sehr teuer. Eine gemeinsame Anschaffung durch alle Mitgliedsgemeinden ermöglicht eine wesentliche Reduktion der Kosten für jede Gemeinde.“ ■■■



“Organisatorisch, bürokratisch und rechtlich sind Bauangelegenheiten in einer kleinen Gemeinde **alleine kaum noch zu schaffen.**”

Bernhard Heini
Bürgermeister von
Michelhausen



GLASFASERAUSBAU

Mehrspurig am Datenhighway

In Groß Gerungs hält das Glasfaser-Internet Einzug. Und auch die Nachbargemeinden profitieren von der Infrastruktur der Zukunft.  VON OSWALD HICKER

Die Kleinregion Waldviertler Hochland ist nicht das Silicon Valley. Groß Gerungs ist nicht San Francisco und Rappottenstein nicht Berkeley. Trotzdem wird eine der am dünnsten besiedelten Landstriche Niederösterreichs demnächst mit den internationalen Zentren der Digitalisierung schritthalten. Denn in zehn Gemeinden der Region wird bald Glasfaser-Internet einziehen und in Punkto Datenraten keinen Vergleich scheuen müssen.

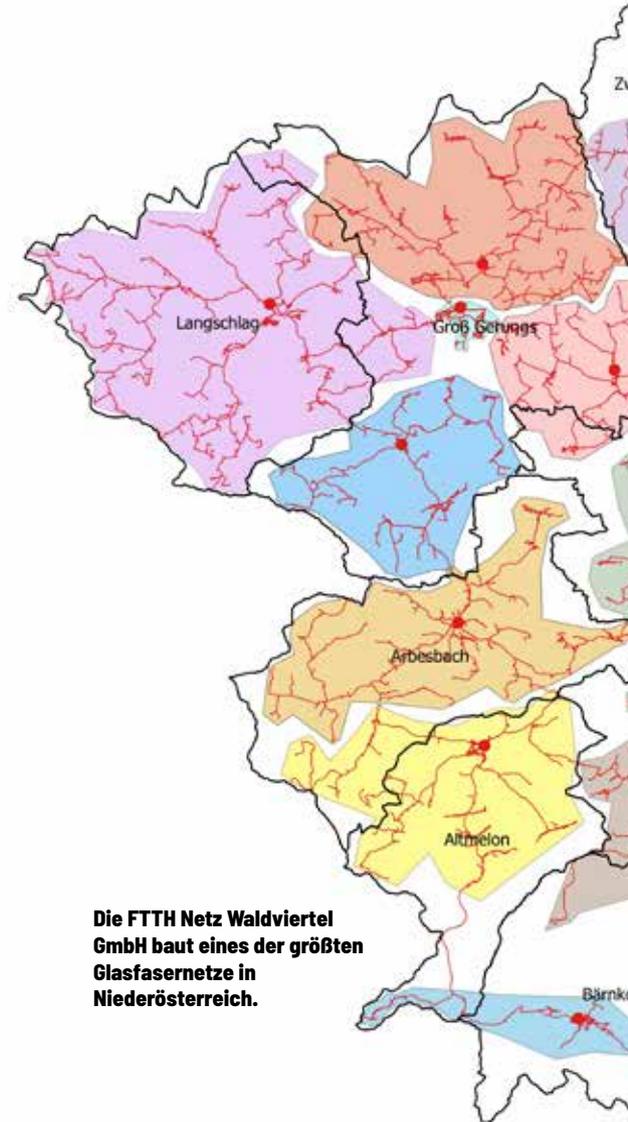
Konzerne waren nicht interessiert

Nicht die großen Anbieter, nicht die Telekom-Riesen, sind es, die die Zukunft ins Waldviertel bringen. Es ist die gemeinsame Kraftanstrengung von zehn Gemeinden, die das kleine digitale Wunder möglich macht. „Wir sind für die großen Firmen völlig uninteressant gewesen“, erinnert sich Christian Laister, Bürgermeister von Groß Gerungs. „Unsere Struktur ist sehr zersiedelt, kaum Zentrumszonen. Die Konzerne haben uns die kalte Schulter gezeigt. Am Anfang haben natürlich alle Bürgermeister für sich überlegt, wie sie trotzdem Glasfaser-Internet in ihren Ort bringen können. Aber schließlich war der Plan für Einzelspieler eine Nummer zu groß.“ Doch größer als der Aufwand und das Risiko eines derartigen Mammutprojektes war der Zusammenhalt der Waldviertler. Nach kurzen Besprechungen gründeten zehn Gemeinden der Region einen Verein. Groß Gerungs, Langschlag, Rappottenstein, Arbesbach und Altmelon aus der Kleinregion waren dabei. Mit Zwettl, Schönbach, Bad Traunstein, Bärnkopf und Martinsberg schlossen sich aber auch Gemeinden aus Nachbarregionen an. In Summe repräsentiert der Verein nun 8.000 potenzielle Kundenhaushalte. Die Mission: Wir bringen das Glasfaser-Internet zu uns. „Das Vorhaben ist wirklich ambitioniert“,

schmunzelt Vereinsobmann Christian Laister. „Von den zehn Mitgliedsgemeinden sind sieben unter den am absolut teuersten auszubauenden Regionen Niederösterreichs. In Summe wird der Ausbau 75 Millionen Euro kosten. Das sind gewaltige Dimensionen. In altem Geld ist das eine Milliarde Schilling.“

Überbrückungsfinanzierungen trotz hoher Förderung nötig

Natürlich tragen die Gemeinden nicht die gesamte Finanzierungssumme. Jeder neue Anschluss wird in der Errichtung rund 10.000 Euro kosten. 6.350 Euro davon zahlt der Bund aus Mitteln des Breitbandausbaus. 1.650 Euro kommen aus Mitteln des WTF vom Land Niederösterreich. Trotzdem müssen die Gemeinden aber noch 2.000 Euro pro gefördertem Anschluss selbst stemmen. Trotz des relativ hohen Förderanteils sind aber Überbrückungsfinanzierungen nötig, bis die Bundes- und Landesmittel fließen. Laister: „Unsere Businesspläne besagen, dass sich die Kosten nach 20 bis 25 Jahren amor-



Die FTTH Netz Waldviertel GmbH baut eines der größten Glasfasernetze in Niederösterreich.

„Unsere Businesspläne besagen, dass sich die **Kosten nach 20 bis 25 Jahren amortisieren.**“

Christian Laister
Bürgermeister von
Groß Gerungs



tisieren. Danach wird das Netz eine zusätzliche Einkommensquelle für die Gemeinden darstellen. Reich werden wir zwar auch dann nicht, aber es wird etwas übrigbleiben.“

Einnahmen aus dem Betrieb eines Glasfasernetzes nicht zweckgebunden

Anders als meist bei Kanal oder Wasser sind Einnahmen aus dem Betrieb eines Glasfasernetzes nicht zweckgebunden. Die Einnahmen werden zwar in getrennten Rechnungskreisen geführt, können aber grundsätzlich dem ordentlichen Haushalt zugeführt werden. Die Gemeinde betreibt dabei nicht das gesamte Netz bis zum Endkunden. Lediglich die Leitungen und Betonverteilerkästen, das sogenannte passive Netz, ist in Gemeindeeigentum. Diese Infrastruktur wird an sogenannte „aktive Netzbetreiber“ vermietet. Diese sind für die Computer-Hardware wie Server und Router zuständig. Die „aktiven Netzbetreiber“ wiederum können die Infrastruktur wieder an die Internetprovider weitervermieten.

GmbH wird gegründet

„Die Sorge, dass vor den 20 Jahren bis zur Amortisation weitere Kosten anfallen, sind nicht begründet. Die Leitungen selbst und die Betonkästen haben etwa eine Lebensdauer von 70 Jahren“, macht Laister eventuellen Nachahmern Mut. Derzeit befindet man sich in der Ausschreibungsphase. Demnächst wird aus dem Verein eine ausgelagerte GmbH gegründet, welche zu 100 Prozent im Besitz der teilnehmenden Gemeinden ist. Laister:

“ Der wichtigste Tipp an Gemeinden ist, sich von Anfang an **einen Profi mit ins Boot zu holen.**

Christian Laister



„Der wichtigste Tipp an Gemeinden ist, sich von Anfang an einen Profi mit ins Boot zu holen. Wir haben Herbert Stadlmann, einen Dienstleister aus der Region mit Erfahrung in diesen Projekten an Bord geholt. Er wird auch die Geschäftsführung der GmbH übernehmen – ohne ihn wäre das Projekt sonst nicht möglich.“

Würde sich Laister mit heutigem Wissensstand dieses Mega-Projekt noch einmal antun? Laister schmunzelt und überlegt kurz: „Heute würde ich wieder ‚Ja‘ sagen. Zwischenzeitlich war das auch schon anders. Aber es ist unsere Aufgabe als Bürgermeister, in die Zukunft zu schauen. Und wir haben uns gedacht – die Waldviertelautobahn wird’s nicht geben. Drum bauen wir halt eine Datenautobahn. Und die geht nicht irgendwo vorbei, sondern kommt in jedes Haus.“ ■■■

Die Vertreter der Mitgliedsgemeinden des Vereins „FTTH Netz Waldviertel“ und der Geschäftsführer der FTTH-Netz Waldviertel GmbH Herbert Stadlmann. Bildmitte: Bürgermeister Christian Laister.

Großes Herz im Ybbsfeld

Die Kleinregion Donau-Ybbsfeld ist Vorbild im Sozialbereich. Die zuständigen Sozialkoordinatoren der Mitgliedsgemeinden stemmen sich gemeinsam gegen die menschliche Kälte.  VON OSWALD HICKER

Wir stellen in dieser Ausgabe der NÖ Gemeinde Multi-Millionen Euro Kooperationen vor. Wir zeigen, wie bessere Verwaltung Geld für andere Projekte freischaufelt. Und wir zeigen, wie ein ganzer Berufsstand über seinen Schatten gesprungen ist und einer ganzen Region ein neues Wirtschaftsfeld erschlossen hat. Und dann gibt es noch Kooperationen wie die Sozialkooperation in der Kleinregion Donau Ybbsfeld. Hier stehen keine Millionenbudgets dahinter. Es war auch keine Verwaltungsreform oder ein völliges Ändern eines Berufsbildes nötig. Hier hat die Einfachheit und die Kraft einer guten Idee das Leben der Menschen der Region nachhaltig verbessert.

Nicht nur Wirtschaftskoperation

Angefangen hat alles im Jahr 2002. Damals wurde die Kleinregion Donau Ybbsfeld von den Gemeinden Ardagger, Neustadt an der Donau, Viehdorf, St. Georgen / Ybbsfelde, Blindenmarkt und Ferschnitz gegründet. St. Georgens damaliger Bürgermeister Hans Redl – bekannt für seine soziale Ader – hatte aber mehr vor als nur wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und so entstand der Gedanke, nicht nur die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Kleinregion zu vernetzen. Was wäre, wenn sich auch die Sozialsprecher der Gemeinden regelmäßig treffen würden? 2015 fand das erste Treffen statt, und seither geht es Schlag auf Schlag. Seit 2016 wurde der Audit-Prozess zur Familienfreundlichen Region mit Unterstützung von NÖ Regional gestartet. „Zuerst gab es eine Bestandserhebung der sozialen Angebote aller Gemeinden. Und da haben wir gemerkt, dass es in der Region sehr viele Sozialinitiativen gibt. In jedem Ort alleine scheint das immer zu wenig. In der Region ist es ein unglaublich breites Angebot“, erinnert sich Sozialsprecherin Karin Ebner aus St. Georgen am Ybbsfelde.

Hauptprobleme geortet

Durch den Prozess wurden drei Hauptprobleme geortet. Ebner: „Erstens die mangelnde Kommunikation der bestehenden Angebote an die Bürger. Zweitens, dass die Angebote in der Region da sind, man sie nur für Menschen aus den Nachbarorten öffnen muss. Und drittens, dass wir nicht warten müssen, bis die Politik uns rüstet, wir können uns selbst helfen.“ Und die Sozialsprecher haben agiert, bevor andere reagiert haben. Sie haben mit dem ersten „Zwergennest“, einer Kleinkinderbetreuung, nicht gewartet, sondern sie einfach umgesetzt. Ein Tageszentrum für Senioren entstand und wurde zum Pilotprojekt mit Strahlkraft weit über die Region hinaus.

Infos werden geteilt

Auch das Kommunikationsproblem haben die Sozialsprecher selbst gelöst. Martina Gaind, Sozialgemeinderätin aus Blindenmarkt: „Kernstück unserer Zusammenarbeit ist ein Blog, in dem alle sozialen Angebote der Region vorgestellt werden. Auch Veranstaltungen sind darin zu finden. Die Seite haben wir uns mit Hilfe einer befreundeten Firma selbst gebastelt, und das Angebot hat eingeschlagen wie eine Bombe.“ Jeder Sozialkoordinator der Region hat Zugang zum Redaktionssystem und pflegt seine Angebote und Infos selbst ein. Zusammen ergibt sich so ein Überblick über das reichhaltige Angebot aus der Region. Auch das Öffnen von Veranstaltungen für Bürger aus anderen Gemeinden hat einen zusätzlichen Vorteil gebracht. Gaind: „Im Gesundheitsbereich veranstalten wir Vortragsreihen. Gemeinsam können wir dafür auch TOP-Koryphäen gewinnen, die vor 15 Leuten nicht sprechen würden. Vor 200 bis 300 Leuten kommen die dann schon, um vorzutragen.“

© Kleinregion Donau-Ybbsfeld



👉 **Kernstück unserer Zusammenarbeit ist ein Blog**, in dem alle sozialen Angebote der Region vorgestellt werden.



Karin Ebner
Sozialsprecherin der
Kleinregion Donau-Ybbsfeld



Martina Gaid und Karin Ebner: „Abschauen ist bei uns sehr erwünscht“

Soziale Laus im Ohr der Bürgermeister

Durch die Abstimmung werden auch Doppelgleisigkeiten vermieden. Wenn Bedarf besteht, machen sich die Gemeinden untereinander aus, wer das Angebot bereitstellt. Und auch Best-Practice-Beispiele aus einzelnen Gemeinden pflanzen sich so rasch zu den Nachbarn fort. „Abschauen ist bei uns sehr erwünscht“, schmunzelt Ebner. Und auf einen weiteren Effekt der gemeinsamen Absprachen ist sie stolz: „Wir sind inzwischen sowas wie

die soziale Laus im Ohr der Bürgermeister geworden. Wenn wir ein Projekt umsetzen wollen, dann stehen wir so lange dahinter, bis es etwas wird.“

Wirtschaft wird eingebunden

Die nächsten Projekte sind dabei schon klar: Ein Schwerpunkt zur psychischen Gesundheit und ein Ernährungsschwerpunkt im Herbst. Dafür soll ein Kochbuch mit lokalen Produkten erscheinen. Ebner: „Wir wollen auch die lokale Wirtschaft einbinden. Denn wenn wir gesunde Rezepte mit Zutaten von lokalen Produzenten vorstellen, dann wird auch hier ein Mehrwert geschaffen.“

Eine große Vision bleibt aber noch unerfüllt. Die Etablierung eines Regionalen Gesundheitskoordinators, der sich Vollzeit um die Region kümmert. Denn derzeit ist diese Funktion ein Ehrenamt. ■■■

Neu

Alle Infos zur
**PV-Förderung
für Parkplätze**



Die Energie- &
Umweltagentur
des Landes NÖ

Damit kein Cent verloren geht! **Am gemeinsamen Weg zur Energieunabhängigkeit**

Das **Kommunale Förderzentrum NÖ** bietet volles Service für Gemeinden, die die vorhandenen Fördermittel von Bund, Land und EU ausschöpfen wollen.

Wir unterstützen Sie kostenlos bei allen Förderungen aus den Bereichen **Klima, Energie, Umwelt & Natur**.

www.förderzentrum.at

02742 22 14 44

■ STANDESÄMTER

Gemeinsam von der Wiege bis zur Bahre

20 Gemeinden im Bezirk Mödling haben als erste in Niederösterreich ihre Standesämter verheiratet. Die Liaison veränderte ganz Österreich - und schuf einen neuen Wirtschaftszweig.  VON OSWALD HICKER

Die Traumhochzeit in der alten Burg oder unter blühenden Birnbäumen? Heute Standard. Doch vor gar nicht allzu langer Zeit war die standesamtliche Hochzeit ein wenig prunkvolles Ereignis, meist in einem mehr oder weniger geeigneten Zimmer im Rathaus. Nur mit begrenzter Teilnehmerzahl und natürlich nur wochentags zu fixen Amtszeiten. Dass dies heute anders ist, haben Pioniere der Kooperation ermöglicht: Die zehn Beamten des Standesamtsverbandes Mödling unter der Leitung von Walter Schwinger.

Lange bevor Standesamtsverbände üblich wurden, waren die 20 Wienerwaldgemeinden südlich von Wien diesbezüglich bereits zusammengeschweißt. „Das ist historisch begründet“, erklärt Amtsleiter Walter Schwinger. „Der Bezirk Mödling war früher Teil von Wien. Die Gemeinden wurden unabhängig, der Standesamtsverband blieb aber bestehen.“ Darum betreute der Verband als erster in ganz Niederösterreich rund 120.000 Menschen – von der Wiege bis zur Bahre. Das wäre weiter nicht erwähnenswert, wenn vor rund 25 Jahren nicht eine Revolution aus der Mödlinger Amtsstube ausgegangen wäre, die ganz Österreich veränderte – und einen ganzen Wirtschaftszweig begründete.

Boom bei großen standesamtlichen Hochzeiten

Denn kurz vor der Jahrtausendwende begannen Walter Schwinger und sein Team zu grübeln: „Durch die steigende Zahl der Kirchenaustritte wurde das Bedürfnis nach großen standesamtlichen Hochzeiten immer größer. Es gab dafür aber keine Angebote. Die Räumlichkeiten in den Rathäusern sind begrenzt, drum haben wir uns überlegt, wie wir das Bedürfnis der Menschen ermöglichen können.“

Heiraten in stilvoller Umgebung

Die Lösung lag auf der Hand. Der Bezirk Mödling ist voll von malerischen Schlössern, pittoresken Burgen oder idyllischen Altstädten. Orte, wie geschaffen für einen der glücklichsten Momente im Leben vieler Menschen. „Wir haben gedacht, es ist ja viel sinnvoller, wenn ein Standesbeamter zu 300 Hochzeitsgästen kommt, statt umgekehrt. Und daher haben wir beschlossen, die Ämter zu verlassen und gegen eine Gebühr Trauungen auch außerhalb vorzunehmen. Wir haben uns mit Burgbesitzern, der Gastronomie und anderen Anbietern zusammengesetzt und einen Plan ausgearbeitet. Damit waren wir die ersten in ganz Österreich.“

Natürlich gab es am Anfang auch Widerstände. Zum einen befürchteten Traditionalisten, dass der Bezirk zu einer Art Las Vegas verkommen würde. Zum anderen bedeutete die Umstellung auch einen erheblichen Mehraufwand für die Beamten. Es bedeutete Wochenenddienste und Einsätze außerhalb der Amtszeiten. Schwinger: „Wir haben uns das intern gut aufgeteilt, es gibt Zeitausgleich und eine kleine Aufwandsentschädigung für den Beamten. Somit wurde das gut akzeptiert und funktioniert heute klaglos.“

Wirtschaft profitiert

Was als Versuchsballon gestartet wurde, hat sich heute zu einer Wirtschaftsrakete erster Ordnung entwickelt. Die Zahl der Trauungen im Bezirk verdoppelte sich von 600 auf 1.200 pro Jahr. Vor allem Paare aus Wien, aber auch aus anderen Teilen des Landes nutzen die Gelegenheit, um einander vor einer der Traumkulissen des Bezirkes ewige Treue zu schwören. Rund um das Amtsservice hat sich ein ganzer Wirtschaftszweig gegründet.

“ Wir haben gedacht, es ist ja viel sinnvoller, wenn ein Standesbeamter zu 300 Hochzeitsgästen kommt, statt umgekehrt.



Walter Schwinger
Leiter des
Standesamtsverbandes
Mödling



Walter Schwinger und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es geschafft, dass der Bezirk zu den beliebtesten Trauungsbezirken Österreichs gehört.

Von der Gastronomie und Hotellerie bis hin zum Wedding Planner, Taxiunternehmen und Blumenhandel profitiert die Wirtschaft der Region von der Flexibilität der Beamten. Und auch der Verband profitiert, pro Trauung gibt es Mehreinnahmen von 260 Euro.

„Zuerst ist Salzburg auf unsere Initiative aufmerksam geworden und hat das ebenfalls umgesetzt. Heute sind Trauungen auswärts fast überall Standard“, ist Walter Schwinger stolz. Auch der Gesetzgeber musste sich mit dem Mödlinger Phänomen beschäftigen. Inzwischen gibt es ein Bundesgesetz, in dem geregelt wird, wo nicht standesamtlich geheiratet werden darf. Etwa in Sportstätten oder auch in Kirchen. Sonst sind der Fantasie kaum Grenzen gesetzt. Schwinger: „Die AUA wollte einmal 50 Paare im Luftraum über Mödling verheiraten. Das mussten wir ablehnen, da der Luftraum nicht mehr Hoheitsgebiet der Verwaltungsbehörden ist.“

Auch ungewöhnliche Wünsche werden erfüllt

Sonst versucht man aber, auch eher skurrileren Kundenwünschen nachzukommen. Schwinger: „Ein Paar hatte sich versprochen, barfuß auf einem Sandstrand zu heiraten. Die Familie war dagegen, und so haben die jungen Leute uns gebeten, ob sie einen Sandstrand im Rathaus

aufschütten dürfen. Wir haben kurz überlegt und dann zugestimmt.“

Amt wurde zur Servicestelle

Heute ist der Bezirk Mödling bei den Trauungszahlen mit Wien und Salzburg führend. Das Angebot ist serviceorientiert, auf einer Homepage kann man unkompliziert freie Termine buchen. „Früher war der Bürger Bittsteller am Amt. Jetzt sind wir zur Servicestelle für Bürger geworden“, resümiert Schwinger. Eine Einstellung, die sich auch auf andere Dienstleistungen übertragen hat. So eröffnete Mödling als erster Bezirk in ganz Niederösterreich auch einen „Babypoint“ im Klinikum.

Schwinger: „Auch hier war der Gedanke: Wir haben rund zehn Geburten pro Tag in unserem Gebiet, die meisten im Spital. Warum sollen tausende Menschen zu einem Beamten gehen, warum kommt der Beamte nicht zu den Menschen? Noch dazu, wo junge Eltern ohnehin andere Probleme als Amtswege haben. Jetzt können sie die Formalitäten mit einem kleinen Gangspaziergang in der Klinik verbinden.“ Auch hier war der Standesamtsverband Mödling Vorreiter in Niederösterreich und auch diesmal ist die Idee inzwischen weit verbreitet und kaum mehr wegzudenken. ■ ■ ■

👉 Heute sind Trauungen auswärts fast überall Standard.

Walter Schwinger

■ BETRIEBSANSIEDELUNGEN

Wirtschaftsaufschwung für alle statt Egotrip

Im Marchfeld haben acht Gemeinden beschlossen, Betriebsansiedelungen in der Region gemeinsam abzuwickeln. Die Abgaben teilen sich die Orte brüderlich – und sind so für den bevorstehenden Boom durch Projekte wie S1 und S8 gerüstet. [VON OSWALD HICKER](#)

Noch schlummert Raasdorf am nördlichen Stadtrand Wiens wirtschaftlich eher im Dornröschenschlaf. 42 steuerzahlende Betriebe zählt der Ort derzeit. Doch geplante Infrastrukturprojekte wie die S1 und die S8 könnten den kleinen Ort und die gesamte Region bald wachküssen. Und auf diesen Tag wollten die Raasdorfer vorbereitet sein, um nicht überrollt zu werden.

„Wir haben zwei Gefahren gesehen. Einerseits, dass es zu unkontrolliertem Wildwuchs bei Betriebsansiedelungen kommt. Und zweitens, dass die Gemeinden der Region von Interessenten untereinander ausgebootet werden. Darum haben wir uns zusammentelefoniert, ob es nicht schlauer wäre, wenn wir einerseits die Planungen aller vorhandenen Flächen und andererseits auch die Koordination der Interessentenabfragen gemeinsam abwickeln würden“, schildert Bürgermeister Walter Krutis die ersten Überlegungen. Wenig später war die Wirtschaftskooperation Marchfeld geboren.

Die Vorgangsweise

Die Gemeinden Aderklaa, Gänserndorf, Markgrafneusiedl, Obersiebenbrunn, Parasdorf, Raasdorf und Strasshof beschlossen, in Zukunft einen Aufschwung für alle zu ermöglichen, statt sich jeweils auf wirtschaftliche Egotrips zu begeben. Und das ungeachtet der politischen Verhältnisse in den Orten. Zuerst wurden in allen Gemeinden freie Flächen definiert, auf denen man in Zukunft Betriebsansiedelungen ermöglichen will. Mit Hilfe von ecoplus und einer von Wien und Niederösterreich finanzierten Stadtumlandmanagerin wurde dann ein Regelwerk für den Verband entworfen.



Alle sollen von Betriebsansiedelungen profitieren

Der Kerngedanke: Da auch Umlandgemeinden von Betriebsansiedelungen beim Nachbarn betroffen sind, etwa durch Verkehrsströme, sollen auch alle finanziell davon profitieren, wenn ein Unternehmen in einen der Mitgliedsorte zieht. „Konkret ist es jetzt so, dass die Standortgemeinde 82 Prozent der Kommunalabgaben bekommt. Jede Gemeinde im Verband erhält 2,5 Prozent und profitiert daher mit“, rechnet Krutis vor.

Was altruistisch klingt, bringt aber viele Vorteile. Walter Krutis: „Wenn ein Betrieb sich bei einer Gemeinde meldet, ist es schon passiert, dass er heimgeschickt wurde, weil in der angefragten Gemeinde kein geeigneter Platz ist. Das darf nicht passieren. Heute ist es so, dass Firmen an die Wirtschaftskooperation verwiesen werden. Dort wird das dann geprüft und ein geeigneter Standort vorgeschlagen. Derzeit haben wir zusammen 66 Hektar Poten-

Bürgermeister Walter Krutis erläutert die Wirtschaftskooperation Marchfeld. Finanziell ist der Verband kaum ein Aufwand für die Mitglieder.

zialflächen, da ist fast immer ein passendes Grundstück dabei. Somit bleibt auch der Gemeinde, die zuerst keinen geeigneten Grund hatte, ein Gewinn über.“

Keine Mitgliedsbeiträge mehr

Finanziell ist der Verband kaum ein Aufwand für die Mitglieder. Nach einer geringen Anschubfinanzierung durch die Gemeinden wurden bereits seit drei Jahren keine Mitgliedsbeiträge mehr eingehoben. Eine Mitarbeiterin der Stadt Gänserndorf betreut die Auskünfte im Ausmaß von zwei Wochenstunden mit. Auch die Homepage konnte kostengünstig an einen Dienstleister aus der Region vergeben werden.

Straßenprojekte sollen als Booster wirken

Seit der Gründung 2018 wurden über die Wirtschaftskooperation bereits 40 Projekte betreut. Rund 100.000 Euro Kommunalabgaben werden auf die Mitglieder verteilt. Ausnahmen werden nur bei Erweiterungen bestehender Betriebe oder bei Umsiedlungen eines Betriebes innerhalb eines Ortes gemacht. Sonst fließen bereits alle Neugründungen seit 2018 in die Kooperation ein. Krutis: „Noch ist da erst ein Bruchteil des Potenzials ausgeschöpft. Wenn die S1 und die S8 doch noch kommen, wovon wir ausgehen, dann wird das erst richtig den Booster für die Region zünden.“ ■■■

🗨️ Jede Gemeinde im Verband erhält 2,5 Prozent und **profitiert daher mit.**



Walter Krutis
Bürgermeister von Raasdorf

30 JAHRE „TUT GUT!“

Mit prominenter Unterstützung ins Jubiläumsjahr

Anlässlich 30 Jahre „Tut gut“ werden die 30 innovativsten „Gesunden Gemeinden“ Niederösterreichs gesucht.

Nach den letztjährigen Schwerpunkten „Mentale Gesundheit“, „Ernährung“ und „Bewegung“ hat es der „Tut gut!“ Gesundheitsvorsorge die Zahl „30“ angetan. 30 deshalb, weil die Gesundheitsförderung in Niederösterreich im Jahr 1993 aus der Taufe gehoben wurde und heuer ein rundes Jubiläum feiert. Neben einer Jubiläumskampagne in Hörfunk, Print und Online-Medien ist die Website noetutgut.at/30 die wichtigste Anlaufstelle für Informationen und Aktionen zum Schwerpunktthema. Familien können bei einem Gewinnspiel einen von 30 Startplätzen bei der „Tut gut!“-Sinneswanderung mit Kati Bellowitsch am 9. September ergattern.

Gesucht werden auch die 30 innovativsten „Gesunden Gemeinden“ Niederösterreichs. Das passende



„Tut gut“-Geschäftsführerin **Alexandra Pernsteiner-Kappl**, Landesrat **Ludwig Schleritzko** und „Tut gut“-Markenbotschafterin **Kati Bellowitsch**.

Produkt zum Schwerpunkt wird in Form eines Herbst-Gewinnspiels die „Tut gut!“-Sinnesbox sein. Dann werden auch jeweils 30 Gratis-Teilnahmen für die Lebensstil-Programme „Vorsorge Aktiv“ und „Vorsorge Aktiv Junior“ verlost. ■■■

Information

noetutgut.at/30

■ BÜRGERBETEILIGUNG

Sonnenkraft, die Abwasser „schafft“

Der Abwasserverband „Raum Korneuburg“ holte seine Bürgerinnen und Bürger der umliegenden Gemeinden ins Boot und hat dank eines Crowdfunding-Modells eine der energieeffizientesten Anlagen Niederösterreichs. [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

Die Sonnenstromproduktion in Niederösterreich soll in den kommenden Jahren vervielfacht werden. Für Gemeinden wurde diesbezüglich folgendes Ziel formuliert: Im Jahr 2030 sollen mindestens 10 Prozent der Photovoltaik-Leistung am Gemeindegebiet von der Kommune selbst initiiert worden sein. Erreicht wird das vor allem mittels Bürgerbeteiligungsprojekten wie dem „Sonnenkraftwerk NÖ“. Dieses Modell bietet zahlreiche Vorteile für alle Beteiligten: Gemeinden können rasch und kostengünstig ihre verfügbaren Dachflächen zur sauberen Stromerzeugung nutzen – BürgerInnen wiederum profitieren von der sicheren, nachhaltigen Anlage direkt vor der „Haustüre“.

Crowdfunding war innerhalb weniger Tage wieder zu Ende

Die Stadtgemeinde Korneuburg bildet mit den fünf Gemeinden Bisamberg, Hagenbrunn, Leobendorf, Spillern und Leitzersdorf den Abwasserverband Korneuburg in der Klima-Modellregion 10 vor Wien. Vor zwei Jahren hat man sich gemeinsam dieses Projekt zunutze gemacht und in die Crowdfunding-Lösung vertraut. Das „Sonnenkraftwerk AWV Korneuburg“ sollte dabei allen Interessierten die Möglichkeit bieten, in den Klimaschutz zu investieren und garantiert davon zu profitieren. Bürgerinnen und Bürger der sechs Abwasserverbandsgemeinden hatten beim Bewerbungsprozess die Chance, sich an der Errichtung der mehr als 509 PV-Module zu beteiligen. Den Bewerberinnen und Bewerbern mit Hauptwohnsitz in einer der sechs Gemeinden wurde dabei eine Beteiligung ab 275 Euro aufwärts bis maximal 2750 Euro am Projekt in Aussicht gestellt.

Binnen weniger Tage waren alle Sonnenbausteine vergriffen und die 180 kWp große PV-Anlage konnte errichtet werden. Das entspricht dem Haushaltsstromverbrauch von



Im April wurde die sanierte Abwasserreinigungsanlage wieder eröffnet. Im Bild: Stadtrat Martin Peterl, Kiril Atanasoff-Kardjalieff (GF AWV Raum Korneuburg), Ewald Priessnitz (Betriebsarzt ARA Korneuburg), Harald Hofmann (Amt der NÖ-Landesregierung), Bgm.in Sabine Hopf (Leitzersdorf), GR Erik Mikura (Obmann AWV Raum Korneuburg), Bgm. Christian Gepp, Vzbgm. Rupert Sitz (Bisamberg), Bgm.in Magdalena Batoha (Leobendorf), Bgm. Michael Oberschil (Hagenbrunn), Andreas Strobl (BH Korneuburg), GGR Mauritz Grossinger (Spillern) und Bgm. Thomas Speigner (Spillern).

ca. 53 Familien und schafft damit eine Reduktion von ca. 76 Tonnen CO₂ jährlich. „Es war uns klar, dass wir mit dieser Aktion die Leute erreichen, mit diesem Erfolg haben wir jedoch nicht gerechnet“, sind sich der Obmann des AWV Korneuburg Erik Mikura und Geschäftsführer Kiril Atanasoff-Kardjalieff einig. An sonnenreichen Tagen kann somit die gesamte Stromlast der Kläranlage gedeckt werden.

Koordination des Projekts über eNu

Regionssprecher Bürgermeister Christian Gepp ergänzt: „Es bestärkt uns in unserer Arbeit in der Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien und wir werden nun auch sukzessive kommunale Gebäude mit PV-Anlagen bestücken, und das natürlich mit Bürgerbeteiligung!“ Höchst zufrieden bedankt er sich auch bei der Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ (eNu) und der KEM 10 vor Wien für „die tolle Bewerbung der PV-Bürgerbeteiligung, die Förderabwicklung der KEM-Invest und die Begleitung des gesamten Prozesses von der PV-Potenzial Analyse bis zur Online-Reservierung.“ ■■■



“ Wir werden nun auch sukzessive kommunale Gebäude mit PV-Anlage bestücken, und das natürlich mit Bürgerbeteiligung.

Christian Gepp
Bürgermeister von
Korneuburg und
Regionssprecher

PERSONAL

„Ein starres System würde nicht funktionieren“

Im Waldviertler Kernland wird beim Thema Kinderbetreuung erfolgreich kooperiert. [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

Ein geeigneter Standort, Mitarbeiter-Recruiting, die Suche nach Ersatz bei Erkrankungen, die gesamte Abrechnung, Kommunikation mit den Eltern oder Förderansuchen. Mit der Kinderbetreuung hat eine Gemeinde viel Arbeit zu stemmen. Aus diesem Grund schlossen sich vor acht Jahren ein paar Kommunen im Waldviertler Kernland zusammen und bildeten den gemeinnützigen Verein NÖ-Kinderbetreuung. An dessen Spitze steht Bad Traunsteins Bürgermeister Roland Zimmer, der von den Partnerkommunen zu Schulbeginn einen Sockelbeitrag und zusätzlich einen Pro-Kopf-Beitrag für jedes Kind erhält. Bis auf die zur Verfügung gestellte Einrichtung kümmert sich der Verein um den Rest.

Bald 15 Gemeinden dabei

Die „NÖ-Kinderbetreuung“, die mit 13 Gemeinden schon über eine beachtliche Reichweite im Waldviertel verfügt, wird in naher Zukunft noch größer werden, wie Zimmer verriet: „Demnächst wird es einen Gemeinderatsbeschluss geben, durch den wir mit zwei Gruppen aus Groß Gerungs eine weitere Gemeinde ab Herbst dazubekommen. Im Herbst 2024 wird wahrscheinlich eine 15. Gemeinde hinzustoßen.“ Dann sei, so Zimmer, aber definitiv das absolute Maximum erreicht. 27 bis 30 Angestellte zählt der Verein derzeit, zwischen 250 bis 270 Kinder im Alter zwischen sechs Monaten und bis zu zwölf Jahren werden betreut. Von Personalproblemen ist der Verein nicht betroffen, ganz im Gegenteil, Bewerbungen gäbe es derzeit zur Genüge. Zurückzuführen sei das wohl auf die Flexibilität: „Unser Personal stammt zu einem Großteil aus der Region. Es gibt somit keine weiten Anfahrtszeiten. Sollte jemand krankheitshalber ausfallen, kommt es eher selten vor, dass Springer zu anderen Standorten wechseln. Die kurzen Wege, die wir anbieten, sind da natürlich für die Arbeitnehmerinnen besonders attraktiv.“

Als weiteres wichtiges Kriterium nennt Zimmer



Im Beisein von Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und Bundeskanzler Karl Nehammer präsentierte Obmann Roland Zimmer das Maskottchen „NÖKI“.

die Kommunikation zwischen den Mitarbeiterinnen. „Wir lassen unseren Betreuerinnen oftmals freie Hand bei der Einteilung. Natürlich melden kranke Mitarbeiterinnen sich bei uns ab, gleichzeitig vereinbaren sie mit ihren Kolleginnen aber auch schon einen Ersatz, was uns die Arbeit massiv erleichtert. Mit einem starren System würde so etwas nicht funktionieren.“

Gibt es besondere Anlässe oder Probleme, sucht Zimmer den direkten Kontakt zu den Bürgermeistern der jeweiligen Partnergemeinde.

„Ohne das Land würde es nicht gehen“

Trotz des großen Erfolges der „NÖ-Kinderbetreuung“ merkt Zimmer an, dass seine erfolgreiche Kooperation ohne einen Partner auf Landesebene nicht funktionieren würde: „Ohne Unterstützung durch Förderungen und Zuschüssen des Landes NÖ würde es nicht gehen. Es geht auch nur im Miteinander.“ „Gemeinsam statt einsam“ – das ist das Credo, das Bürgermeister Zimmer seinen Bürgermeister-Kolleginnen und -kollegen bei Beratungsgesprächen fast mantraartig vorbetet. ■■■

Falls auch Sie wissen möchten, wie der Aufbau und das System der „NÖ-Kinderbetreuung“ genau funktionieren, nimmt sich Bad Traunsteins Gemeindechef gerne für Sie Zeit.



Infos

Gemeinnütziger Verein NÖ Kinderbetreuung

Vereinsobmann Bgm.
Roland Zimmer
0664/5245260
office@noe-kinderbetreuung.at

© Reinhard Horbauer, NÖN

■ WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Kein Konkurrenzkampf um Betriebsansiedlungen

14 Gemeinden rund um die Stadt Amstetten haben beschlossen, gemeinsam in eine nachhaltige Zukunft zu gehen. Die „Wirtschaftsraum Amstetten GmbH“ (WRA) soll die Entwicklung des Wirtschaftsraums vorantreiben und Betriebsansiedlungen koordinieren. [☞ VON HELMUT REINDL](#)

Die Vision der Wirtschaftsraum Amstetten GmbH ist es, dass die Gemeinden gemeinsam Wirtschaftspolitik machen und zusammen neue Betriebsansiedlungsgebiete entwickeln, erklärt Geschäftsführer Günther Sterlike.

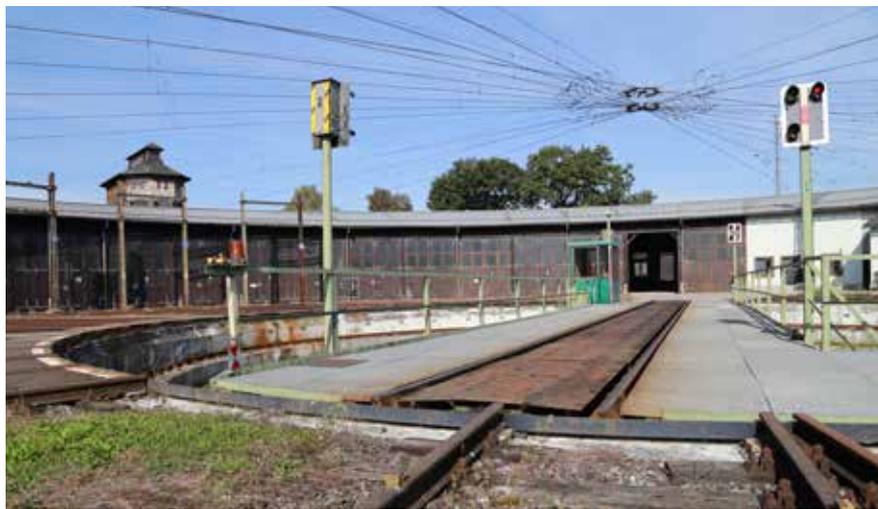
Der große Vorteil ist, dass die beteiligten Gemeinden einander dabei keine Konkurrenz machen. „Hier ein Umdenken herbeizuführen, war anfangs nicht immer leicht, denn natürlich hat jeder Bürgermeister in erster Linie seine Gemeinde im Fokus.“ Unternehmen, die sich in der Region ansiedeln wollten, hatten es daher früher leicht, Gemeinden gegeneinander auszuspielen. „Diesen sinnlosen Konkurrenzkampf gibt es jetzt nicht mehr, weil die Gemeinden partizipativ an der GmbH beteiligt sind. In dem Verhältnis, in dem sie investiert haben, partizipieren sie auch von den Kommunalabgaben. Und zwar egal, wo sich das Unternehmen dann niederlässt“, erläutert Sterlike.

Gemeinden brauchen Vertrauen und Ausdauer

Bereits bestehende Betriebsgebiete bleiben in der Obhut der jeweiligen Gemeinden. „Die Tatsache, dass die Wirtschaftsraum Amstetten GmbH nur für zukünftige Projekte zuständig ist, bedeutet aber auch, dass man einen langen Atem braucht, denn der Rücklauf in Form von Kommunalabgaben kommt erst in einigen Jahren“, sagt Sterlike. Hier brauchen die Gemeinden Vertrauen und Ausdauer. Sterlike: „Für manche Gemeindeverantwortliche ist es auch schwer, loszulassen und zu akzeptieren, dass sie nicht mehr um Flächenwidmungen und Firmenansiedlungen kämpfen müssen.“

Beitrag zur Erhaltung der Landschaft

Aus Sicht Sterlikes lebt das Mostviertel aus zwei Gründen sehr gut: Einerseits aufgrund der guten Erreichbarkeit und andererseits aufgrund der einzigartigen Kulturlandschaft. „Der gemeinsame Wirtschaftsraum soll helfen,



diese Landschaft zu erhalten, denn wir werden nicht in allen 14 Gemeinden Betriebsgebiete errichten.“ So sei es etwa sinnvoll, Betriebsgebiete in der Nähe einer der drei Autobahnabfahrten zu bauen. Auch auf die Qualität der Böden könne geachtet werden, sodass keine hochwertigen Ackerböden vernichtet werden.

Stadtentwicklungsprojekt für Pioniere

In den nächsten Jahren liegt der Fokus auf der Umsetzung des „Quartier A“ in Amstetten. Dieses besteht aus vier Baufeldern, die rund um den Bahnhof gelegen sind und gemeinsam eine Fläche von rund 90.000 m² haben. Das Quartier A soll ein Raum für Start-ups, Technologieunternehmen, Kreativindustrie und Bildungseinrichtungen werden und alle Bereiche des Lebens abdecken: Arbeiten, Wohnen, Bildung, Gastronomie, Gesundheits- und Freizeitangebote sollen zu einem dynamischen Ganzen werden.

Das größte dieser Baufelder trägt den Namen „An der Remise“, weil in seinem Zentrum eine alte Remise der ÖBB steht. Hier wird ein „ecocenter“ der Wirtschaftsagentur ecoplus entstehen. ■■■

An der Remise in Amstetten wird ein „ecocenter“ der ecoplus entstehen.



© Auftragsfoto.at - Sappert

“ Der gemeinsame Wirtschaftsraum soll helfen, die **Landschaft zu erhalten.**



Günther Sterlike
Geschäftsführer der
Wirtschaftsraum Amstetten
GmbH

RADWEGE

Grenzenlos im Sattel

Die aktive Mobilität, also das Zufußgehen und Radfahren, wird in Niederösterreich verstärkt gefördert. Die Planung gemeindeübergreifender Radbasisnetze dient als Grundlage zur Verbesserung der Infrastruktur für den Alltagsradverkehr in den Gemeinden.  VON HELMUT REINDL

Niederösterreich will den Radverkehr deutlich steigern. Radbasisnetze in 37 Potentialregionen sollen dabei als Zubringer zu elf Radschnellweg-Achsen dienen. Seit Inkrafttreten der Förderrichtlinien des Landes NÖ zur neuen Radwegförderung Ende 2020 bilden die Radbasisnetze die Grundlage für gemeindeübergreifende Planungen für den Alltagsradverkehr.

„Die Rad-Basisnetze werden immer für mehrere Gemeinden geplant“, berichtet Franz Gausterer, Fachbereichsleiter Mobilität bei NÖ.Regional und Vizebürgermeister in Grimmenstein. „Die Gemeinden arbeiten dabei gut zusammen. Das ist auch wichtig, weil die Radwege durchgehend sind und die Anschlüsse passen müssen.“

Die Planungskosten werden zu 100 Prozent vom Land Niederösterreich getragen, die Umsetzung daraus resultierender Radinfrastrukturprojekte wird mit 60 bis 70 Prozent gefördert.

Die 37 Radbasisnetzregionen in Niederösterreich erarbeiten seit Bestehen der neuen Förderrichtlinien ihre Radverbindungen gemeinsam – innerhalb der Gemeinden, zu den Nachbargemeinden in der Region und zu wichtigen Zielen wie Schulen oder Bahnhöfen. Viele dieser Radbasisnetze sind bereits in Fertigstellung oder die Planungen dazu sind bereits abgeschlossen.



Die Radbasisnetzregionen erarbeiten jetzt ihre Radverbindungen gemeinsam. Hier in der Region Baden Nordwest.



© NÖ.Regional

Abschluss des Radbasisnetzes Bruck. Im Bild: Josef Schütz (NÖ Agrarbezirksbehörde), Johannes Lanschützer (Schimetta ZT), Felix Böhm (Gemeinde Bruck/Leitha), Richard Pouzar (Land NÖ), Bürgermeister Otto Auer (Höflein), Max Witek (Land NÖ), Bürgermeister Gerhard Weil und Matthias Hirschmann (beide Bruck/Leitha), Bürgermeister Franz Glock (Göttlesbrunn-Arbesthal), Martina Sanz (NÖ.Regional) und Irene Schrenk (KEM Energie3).

Beispiel Radbasisnetz Fischamend

Im Radbasisnetz Fischamend (mit den Gemeinden Fischamend, Enzersdorf an der Fischa, Klein Neusiedl, Schwadorf, Ebergassing und Gramatneusiedl) sind die Gemeinden Gramatneusiedl und Ebergassing schon in der Umsetzung einiger Radinfrastrukturprojekte. Diese Radwege werden die Ortszentren vor allem mit den Schulen und dem Bahnhof verbinden, um die aktive Mobilität in den Orten zu fördern und die Sicherheit der Radfahrerinnen und -fahrer zu erhöhen. Auch Moosbrunn, die Nachbargemeinde von Gramatneusiedl, plant eine direkte Radwegverbindung zum Bahnhof Gramatneusiedl, um ihren BürgerInnen eine gute Anbindung mit dem Rad zu ermöglichen.

Weitere Projekte, auch aus den anderen Gemeinden des Radbasisnetzes, sollen in den nächsten Jahren umgesetzt werden. ■■■



Förderungen

Fördergebende Stelle ist das Amt der NÖ Landesregierung: Gruppe Straße, Abteilung ST3-Landesstraßenplanung
Landhausplatz 1, Haus 17, 3109 St. Pölten
02742/9005-60310
post.st3@noel.gv.at 5

Die NÖ.Regional unterstützt die Gemeinden bei der Planung von Radwegen, und hilft bei der Förderanmeldung.

GMEINDEPAKET

Junger und weiblicher Politiknachwuchs wird gefördert

Bürgermeisterin oder Bürgermeister zu sein wird immer mehr zum Fulltimejob und zur Managementaufgabe – das auch in kleineren und mittleren Gemeinden. Ein Zweitberuf geht sich nebenbei kaum mehr aus und auch Haftung und Verantwortung werden immer größer. [VON JOHANNES PRESSL](#)

Deshalb haben wir seit Jahren eine bessere soziale Absicherung – speziell auch zur Attraktivierung des Jobs für Frauen und Junge – gefordert. Und diese konnten wir nun auch in einem ersten Schritt mit drei Eckpunkten erreichen:

- Erstmals wird es ab 1.1.2024 eine Karenzregelung für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit Betreuungspflichten geben.
- Beim Ausscheiden aus dem Amt wird es bis zu einem neuen Job oder bis zur Pensionierung eine sechsmonatige 75-Prozent-Gehaltsfortzahlung geben.
- Und die Bürgermeistergehälter werden in einem ersten Schritt auch zwischen 6 und 14 Prozent – je nach Gehaltskategorie – steigen. Real sind das zwischen 490 und 670 Euro pro Monat brutto.

Für die Zukunft wird es übrigens nach einer Übergangsregelung, die Bestehende ausnimmt, dann auch nicht mehr möglich sein, Amtsleitung und Bürgermeisterfunktion in einer Person auszuüben. Das soll allfällige Vermischungen der Amtsauffassung ausschließen. Mit diesem Paket sind wir österreichweit bei Karenz- und Ausscheidensregelungen einmalig. Beim Bürgermeistergehalt liegen wir aber nach wie vor deutlich hinter Salzburg, Oberösterreich und den westlichen Bundesländern. Es bleibt daher unser Ziel, dass die Haftungsverantwortung und die Managementfunktion Bürgermeister in weiteren Schritten zumindest ähnlich gut wie in Oberösterreich und Salzburg abgegolten werden muss! Und das vor allem deswegen, um das Amt auch für unsere Nachfolger – speziell für Junge und für Frauen attraktiv zu machen! Schließlich wechseln in einer fünfjährigen Amtsperiode fast ein Drittel aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.



© Torsten Becker - stock.adobe.com

Wichtig war, dass weiter die „Persönlichkeitswahl“ bestehen bleibt.

Demokratiepaket: Weiterhin Persönlichkeiten vor Parteien

Der amtliche Stimmzettel wird in Zukunft alle Kandidatinnen und Kandidaten umfassen. Dafür wird der nicht amtliche Stimmzettel der Vergangenheit angehören, hat der Landtag im Mai entschieden. Bis zu fünf Personen aus der Liste einer Partei können die Wählerinnen und Wähler dafür dann aber am amtlichen Stimmzettel ankreuzen!

Wichtig war uns bei dieser Reform, dass weiter die „Persönlichkeitswahl“ bestehen bleibt. Denn Menschen zeichnen uns gerade auf der Gemeinderatsebene aus und der Wettbewerb der besten Köpfe ist damit – trotz der im Arbeitsübereinkommen festgeschriebenen Reform – auch in Zukunft sichergestellt. ■■■

Bürgermeistergehälter in den Bundesländern

[gemeindebund.at/
buergermeister-und-#
buergermeisterinnen/](http://gemeindebund.at/buergermeister-und-#buergermeisterinnen/)



JOHANNES PRESSL
ist Bürgermeister von Ardagger
und Präsident des
NÖ Gemeindebundes

2023 wird ein Rekordjahr für den Ausbau der **Erneuerbaren Energie**



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf präsentierten die Pläne zum Ausbau der Erneuerbaren Energie.

Im Arbeitsübereinkommen der neuen Landesregierung steht der massive Ausbau der Erneuerbaren Energie festgeschrieben. Dadurch wird die Versorgungssicherheit gestärkt und die Energieunabhängigkeit vorangetrieben.

Das Jahr 2023 soll nun ein Rekordjahr für die Erneuerbare Energie in Niederösterreich werden.

„Bis zum Jahr 2035 wollen wir die erneuerbare Stromproduktion in unserem Land um zusätzliche 10.000 Gigawattstunden ausbauen. Dies entspricht einer Verdreifachung, damit könnte man den Strombedarf der gesamten Steiermark decken“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

„Wir befinden uns am Anfang einer neuen Legislaturperiode, nicht aber am Beginn der Energiewende. Heute sind wir das Bundesland mit den größten CO₂-Einsparungen und dem meisten Ökostrom. Seit 2009 ist die Windkraft in Niederösterreich vervierfacht und die Photovoltaik verzehnfacht worden“, fügt LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf hinzu.

Der Erfolgskurs der letzten Jahre soll nun fortgesetzt werden. 2023 soll ein Rekordjahr für den Ausbau Erneuerbarer Energie werden.

„Aktuell sind rund 200 Windräder im Bau, im Verfahren oder in der Planung. Dazu erwarten wir heuer noch 15.000 neue PV-Anlagen und rund 20 Biomasseanlagen größeren Ausmaßes“, erklärt Landesvize Pernkopf und führt weiter aus: „Letztes Jahr haben wir das Energiewende-Beschleunigungspaket vorgestellt. Wir haben damit massive Vereinfachungen beschlossen, bei PV-Dachanlagen die Verfahren abgeschafft und die Personalressourcen für genehmigungspflichtige Anlagen um 25 Prozent aufgestockt.“

Photovoltaik-Parkplatzförderung

Ein konkretes Projekt zur weiteren Beschleunigung der Energiewende ist eine neue Photovoltaik-Parkplatzförderung. Dieses Förderprogramm richtet sich an Gemeinden, Vereine und Unternehmen, die damit Parkplätze überdachen sollen. Von Seiten des Landes werden hierfür vier Millionen Euro bereitgestellt. ■■■

„Wir wollen die **Erneuerbare Stromproduktion verdreifachen** – 2023 wird dafür ein Rekordjahr.“

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stv. Stephan Pernkopf

■ VERGABEVERFAHREN

Sind Straf-Ermittlungen ein **Ausschlussgrund**?

Wie hat sich eine Gemeinde zu verhalten, wenn in einem Vergabeverfahren gegen einen Bieter ein Strafverfahren läuft oder Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft anhängig sind?

Angebote von Unternehmern, deren **Eignung nicht gegeben** ist, sind auszuschließen. Zur Eignung müssen Unternehmer ihre Befugnis, berufliche Zuverlässigkeit, wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit nachweisen. Die berufliche Zuverlässigkeit fehlt unter anderem bei Vorliegen einer **rechtskräftigen Verurteilung** des Unternehmers nach den im Gesetz aufgezählten Tatbeständen (vgl. § 78 Abs. 1 Z 1 BVergG 2018) oder bei Vorliegen einer **schweren Verfehlung** (vgl. § 78 Abs. 1 Z 5 BVergG 2018).

Beurteilung der beruflichen Zuverlässigkeit

Der Beurteilung der beruflichen Zuverlässigkeit sind insbesondere die Nachweise gemäß § 82 Abs. 2 und 3 BVergG 2018 zugrunde zu legen. Dazu zählen unter anderem Strafregisterbescheinigungen bzw. Registerauskünfte für Verbände. Geht nun aus einem solchen Nachweis eine **rechtskräftige Gerichts- oder Verwaltungsentscheidung** hervor oder erfährt der öffentliche Auftraggeber auf andere Weise von einem solchen Urteil, kann dennoch vom **Ausschluss des betroffenen Unternehmers** abgesehen werden, wenn:

- die Voraussetzungen des § 78 Abs. 3 bis 5 BVergG 2018 vorliegen **oder**
- die/der Unternehmer gemäß § 83 Abs. 2 BVergG 2018 glaubhaft macht, trotz des Vorliegens eines Ausschlussgrundes zuverlässig zu sein.

Prüfung über Ausschluss obliegt dem öffentlichen Auftraggeber

Die Prüfung und Abwägung, ob ein Unternehmer auszuschließen ist, obliegt somit dem öffentlichen Auftraggeber. Unternehmer sind trotz rechtskräftiger Gerichts- oder Verwaltungsentscheidung nicht per se aus einem Vergabeverfahren auszuschließen. Dies trifft noch mehr auf den Fall zu, in welchem noch keine rechtskräftige Entscheidung vorliegt.

Verfehlung muss nachweisbar sein

Liegt eine Gerichts- oder Verwaltungsentscheidung vor, die noch nicht rechtskräftig ist, kann diese einen geeigneten Nachweis für die fehlende Eignung eines Unternehmers darstellen. Der öffentliche Auftraggeber hat die Verfehlung des Unternehmers jedenfalls mittels eines objektivierbaren Nachweises festzustellen.

Aus den Gesetzesmaterialien geht hervor, dass an diese Objektivierbarkeit strenge Anforderungen gesetzt werden. Ein solcher Nachweis muss objektiven Kriterien genügen, die den Formen der gesetzlich geregelten Nachweise für das Vorliegen eines Ausschlussgrundes gleichzuhalten sind. Umstände, die gerichtlich erst zu klären sind, entsprechen dieser Anforderung nicht.

Ermittlungen sind noch keine Verfehlung

In Weiterführung dieses Gedankens führen Ermittlungen gegen einen Unternehmer als Beschuldigter noch weniger automatisch oder gar zwingend zum Ausschluss dieses Unternehmers. Ermittlungen gegen Beschuldigte dienen der Klärung, ob ein strafbares Verhalten vorliegt. Sie stellen noch keine schwere Verfehlung nach dem Verständnis des Bundesvergabegesetzes dar. Der öffentliche Auftraggeber hat schwere Verfehlung eines Unternehmers wiederum durch objektivierbare Nachweise festzustellen. Liegen solche objektiven Nachweise schwerer Verfehlungen eines Unternehmers vor, ist dieser aus dem Vergabeverfahren auszuschließen.

Alleine die Ermittlungen der Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft in einem Strafverfahren stellen allerdings keinen Nachweis dar, welcher diesen Anforderungen genügt und den automatischen oder zwingenden Ausschluss eines Unternehmers aus einem Vergabeverfahren rechtfertigt. ■■■

“ Ermittlungen gegen einen Unternehmer führen **nicht zwingend zu dessen Ausschluss.** ”



Kontakt

**Schramm Öhler
Rechtsanwälte**
Herrengasse 3-5
3100 St. Pölten
02742/222 95
kanzlei@
schramm-oehler.at



gemdatnoe Fachmesse 2023



2 Tage. 12 Info-Points. 14 Präsentationen.

Nach drei Jahren durften wir am 10. und 11. Mai 2023 im Donauhof in Zwentendorf an der Donau unsere Kund:innen wieder auf der bewährten gemdatnoe Fachmesse begrüßen.

Bürgermeister:innen, Amtsleiter:innen sowie Gemeindemitarbeiter:innen aus Niederösterreich konnten sich auf unseren Informationsständen über die neuen Highlights und den Leistungsumfang unserer Produkte sowie Dienstleistungen informieren und beraten lassen.

An beiden Tagen wurden ebenfalls sechs Vortragsblöcke abgehalten, die ebenfalls auf großes Interesse stießen. Neben Informationen von Bund und Land, gab es interessante Einblicke in die aktuellen Sicherheits-Maßnahmen, sowohl im IT-Bereich als auch in der Sicherheitstechnik.

Unsere Produktspezialist:innen aus k5 Finanzmanagement und k5 ELAK erläuterten unseren Gästen, wie digitale Buchhaltung heute aussehen kann. Auch im Bereich Kommunalmarketing gab es interessante Berichte rund um personalisierte Videos von EmotionMill und die neuen Module von GEM2GO. Der Vortrag zu Session/SessionNet gab einen optimalen Überblick über die Möglichkeiten der Sitzungs- und Beschlussverwaltung.

Vor allem die Präsentation zur neuen Softwaregeneration k5|Next hat so großen Andrang gefunden, dass wir diesen Vortrag pro Tag sogar zweimal abhielten.

Wir bedanken uns für Ihr Kommen und freuen auf die nächste gemdatnoe Fachmesse!

gemdat Niederösterreich
Unsere Lösungen. Ihre Zukunft.

www.gemdatnoe.at

KARRIERECHANCE

Hilfswerk Akademie – Professionelle Ausbildung in vielen Bereichen

© Hilfswerk Niederösterreich / Rudolf Schmed



Das Hilfswerk bringt jahrzehntelange Erfahrung und Engagement in Sachen Kinderbetreuung mit: In 55 Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Niederösterreich werden durchschnittlich mehr als 2.000 Kinder betreut. Zudem werden derzeit 1.200 Kinder von 280 selbstständigen Hilfswerk-Tagesmüttern und -vätern betreut.

Das Hilfswerk Niederösterreich bietet bereits seit 20 Jahren Ausbildungen im pädagogischen Bereich an. Mit der Eröffnung des Hilfswerk Hauses in der St. Pöltner Wienerstraße ging auch der Startschuss zur Hilfswerk Akademie einher.

Was ist die Hilfswerk Akademie?

In der neuen Bildungseinrichtung werden Aus-, Fort-, und Weiterbildungen in der Kinderbetreuung angeboten. Jahrzehntelange Erfahrung in der Kinderbetreuung und tiefgreifendes Wissen werden in Form von zertifizierten Kursen und Lehrgängen weitergegeben. Das derzeitige Angebot beinhaltet drei Ausbildungslehrgänge sowie drei berufsbegleitende Fortbildungen.

Ausbildungslehrgänge:

- **Kinderbetreuer/in** in niederösterreichischen (Landes-) Kindergärten und Horten
- **(Mobile) Tagesmutter/-vater und Betriebsmutter/-vater**
- **Betreuer/in in einer NÖ Tagesbetreuungseinrichtung**

Alle drei Ausbildungen beinhalten Themenbereiche wie Pädagogik, Kommunikation, Psychologie, Elternarbeit, rechtliche Grundlagen und Gesundheitsförderung sowie daran anschließende „berufsspezifische Spezialthemen“. Die Inhalte werden von den jeweiligen gesetzlichen Ausbildungsverordnungen bestimmt. Das Team der Referentinnen und Referenten ist ein multiprofessionelles: Pädagoginnen und Pädagogen mit unterschiedlichen Schwerpunkten

wie Elementar-, Sozial oder Heil- und Sonderpädagogik sind ebenso vertreten wie Psychologinnen und Psychologen mit entsprechenden Spezialausbildungen.

Fort- und Weiterbildungen:

Neben den Ausbildungslehrgängen bietet das Hilfswerk Niederösterreich auch laufend Fort- und Weiterbildungen an:

- **Spielgruppenleiter/in:** Das Hilfswerk Niederösterreich bildet Spielgruppenleiter/innen aus, die bereits über eine pädagogische Grundausbildung verfügen. Die nächste Weiterbildung startet im September – freie Plätze sind noch vorhanden.
- **Leiter/in in Kinderbetreuungseinrichtungen**
- **Legasthenie- und Dyskalkulietrainer/in:** Der Lehrgang wird ab 2024 wieder angeboten. Voraussetzung ist eine bereits absolvierte pädagogische Grundausbildung. ■■■

Info & Anmeldung

05 9249 -34113
fbz.bildung.support@noe.hilfswerk.at
www.noe.hilfswerk.at

KOMMENDE STARTTERMINE

Basisausbildung für

- › Kinderbetreuer/in in niederösterreichischen (Landes-) Kindergärten und Horten
- › (Mobile) Tagesmutter/-vater und Betriebsmutter/-vater und
- › Betreuer/in in einer NÖ Tagesbetreuungseinrichtung

15. September 2023 in St. Pölten

27. September 2023 in Korneuburg

Ausbildung zum/zur Spielgruppenleiter/in:

22. September 2023 in St. Pölten

Franz Oswald beendet Mitarbeit bei der NÖ Gemeinde

Franz Oswald beendete mit 83 Jahren seine Mitarbeit bei der NÖ Gemeinde. Der studierte Historiker, Germanist und Zeitungswissenschaftler war Mitarbeiter in der Presseabteilung des NÖ Landesdienstes. Von 1976 bis 1990 war er stellvertretender Chefredakteur und bis zu seiner Pensionierung Chefredakteur und Leiter der Presseabteilung. In dieser Funktion arbeitet er mit den Landeshauptmännern Andreas Maurer, Siegfried Ludwig und Erwin Pröll zusammen. Zusätzlich zu diesen Aufgaben war er bis 1995 für die Presseaktivitäten des Österreichischen Gemeindebundes und bis 2000 des NÖ Gemeindebundes tätig. In seiner Pension war er nicht nur für die NÖ Gemeinde und KOMMUNAL tätig und brachte sein großes journalistisches Wissen ein, sondern verfasste auch mehrere Festschriften für den NÖ Gemeindebund

und die Kommunalakademie NÖ. „Ich bin wahrscheinlich der einzige Mensch, der alle sieben Präsidenten des NÖ Gemeindebundes gekannt hat“, erinnert er sich.

Als Zeichen größter Wertschätzung überreichte Präsident Johannes Pressl Oswald das Ehrenzeichen des NÖ Gemeindebundes mit den Worten: „Die Auszeichnung soll dir, lieber Franz, nicht nur als Erinnerung an die 50 aufopfernden Jahre dienen, denen du unserem Verband als Mitarbeiter zur Seite gestanden bist. Es soll dies auch als Dank und unsere Wertschätzung für deine Tätigkeit verstanden werden, denn du hast die Linie der Niederösterreichischen Gemeinden nicht nur mitverfolgt, sondern sie auch mitgeprägt.“

Der NÖ Gemeindebund und die Redaktion der NÖ Gemeinde danken für die langjährige Mitarbeit. ■■■



Präsident Johannes Pressl und Landesgeschäftsführer Gerald Poysl überreichten Franz Oswald zum Abschied das Ehrenzeichens des NÖ Gemeindebundes.

Neuer Bezirksobmann in Lilienfeld

Michael Wurmetzberger ist einstimmig zum neuen Bezirksobmann in Lilienfeld gewählt worden. Der 32-jährige Familienvater ist bereits seit sechs Jahren Bürgermeister von Kaumberg. In seiner neuen Funktion hat er sich zwei Schwerpunkte gesetzt: „Erstens müssen wir schauen, dass die Kooperationen zwischen den Gemeinden besser funktionieren und auch gefördert werden und dafür ist mir der Austausch mit den anderen Kommunen besonders wichtig. Zweitens liegt mir eine bessere Ausbildung unserer Gemeindebediensteten am Herzen. Dafür werde ich meine neue Funktion nutzen, um hier etwas voranzubringen.“

NÖ Gemeindebund-Präsident Hannes Pressl: „Wir freuen uns, mit Michael Wurmetzberger einen dynamischen, jungen Obmann zu haben, der nicht nur frischen Wind bringt sondern auch uns fordert!“ ■■■



NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl und Bezirkspartei-Obfrau Sandra Böhmwalder mit dem neu gewählten Bezirksobmann Michael Wurmetzberger.

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindegund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Mag. Gerald Poysl

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc., Oswald Hicker

Grafik:

Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0

Martin Pichler,
E-Mail: martin.pichler@kommunal.at

Martin Mravlak,
E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at

Oliver Vogel,
E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust

an folgende Zielgruppen in NÖ:

Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



Ihre Landesbank für ganz Österreich!



**KINDERGARTEN.
VOLKSSCHULE.
LANDESBANK.
FEUERWEHRHAUS.
RATHAUS.**

Öffentliche Finanzierungen brauchen lange Erfahrung, hohe Kompetenz, Nähe und Zukunftsperspektive. Effektive und budget-schonende Lösungen zur Portfoliosteuerung und attraktive All-inclusive-Leasingmodelle. Nachhaltig und zukunftsorientiert - für Gemeinden in ganz Österreich.

Ihr Ansprechpartner:

Leiter Öffentliche Finanzierungen

Dr. Christian Koch: 05 90 910

christian.koch@hyponoe.at



HYPO NOE